

Feministische Geo-RundMail

Informationen rund um feministische Geographie

Nr. 95 | Oktober 2023



Quelle: verändert nach Michael Gaida

Themenheft

Feministische Perspektiven auf Bevölkerung(sgeographie)

Liebe Leser*innen,

Der Begriff *Bevölkerung* dient in alltäglichen und wissenschaftlichen Kontexten als Bezeichnung für eine menschliche Gruppe, die innerhalb einer verwaltungsstaatlichen Organisationseinheit wie Gemeinde, Kreis, Region, Kanton, Bundesstaat, Staat lebt. Diezählbare Einheit von Bevölkerung ist der*die Einwohner*in. Die Verben *bevölkern* und *bewohnen* verdeutlichen die semantische Einheit von Tätigkeiten einer Gruppe und deren Bezugsraum.

Bevölkerung ist in Demographie, Bevölkerungsforschung und Bevölkerungsgeographie (DBB) der zentrale Forschungsgegenstand und auch wenn diese Forschungsbereiche sehr unterschiedlichen Wissenschaftsbereichen zugeordnet werden können – Statistik, Soziologie, Geographie – sind sie doch überraschend ähnlich. Dies führt für dieses Heft zur Entscheidung, diese synonym für Forschungsbemühungen zu verwenden, die *Bevölkerung* durch vermessen und verorten hinreichend zu beschreiben versuchen. Gleichzeitig liegt in der synonymen Verwendung eine erste feministische Kritik: Diese drei Forschungsbereiche sollten ihren Forschungsgegenstand diversifizieren und die Beschreibung durch Vermessung und Verortung um ein Verstehen bevölkerungsrelevanter Phänomene ergänzen, wenn sie differenzierte Aussagen zu ihrem Gegenstand *Bevölkerung* im 21. Jahrhundert machen wollen. Demograph*innen / Bevölkerungsforscher*innen / Bevölkerungsgeograph*innen (DBBs) beschreiben Regelmäßigkeiten und Veränderungen einer Bevölkerung und vergleichen diese mit anderen Bevölkerungen. Diese Beschreibung erfolgt erstens auf der Basis positivistischer Annahmen über vermeintlich eindeutige Kategorien der Einwohner*innen wie Alter, Geschlecht, Herkunft usw.; zweitens auf der Basis statistisch und mathematisch und damit vermeintlich objektiv ermittelter Kennzahlen wie Reproduktions-, Wanderungs- und Sterberaten; drittens auf der Basis von eindeutig bestimmbarer Raumeinheiten, um eine Verteilung respektive Verteilungsmuster der Kategorien und Kennzahlen zu ermitteln. Bevölkerungsrelevante Phänomene sind in diesem Sinne all jene Erscheinungen einer Gesellschaft, die mittels statistischer und mathematischer Methoden generalisierte Aussagen über menschliches Sein (Frau, jung, weiß), Leben (reproduzieren, arbeiten, erholen) und Sterben (Sterbezeitpunkt, -grund) in Bezug auf eine Raumeinheit zulassen.

Dieses Verständnis von DBB geht auf den Statistiker Gottfried Achenwall (1719-1772) zurück. Folgendes Zitat spiegelt den Positivismus des 18. und 19. Jahrhunderts ebenso wider, wie den der gegenwärtigen Forschungsbemühungen; danach entsteht Erkenntnis durch die Interpretation von *positiven*, d.h. in der Welt tatsächlich vorhandenen, da sinnlich wahrnehmbar und überprüfbaren Befunden. Als Gegenentwurf zu theologischen Begründungen war der Positivismus fortschrittlich, für die Wissenschaften des 20. und 21. Jahrhunderts wirkt er einschränkend.

«Wenn ich einen einzelnen Staat ansehe, dann erblicke ich eine unendliche Menge von Sachen, so darinnen wirklich angetroffen werden. (...) Man kann solche Staatsmerkwürdigkeiten nennen. (...) und die Lehre von der Staatsverfassung eines oder mehrerer einzelner Staaten ist die Statistik» (Achenwall 1749, in Meitzen 1886:9).

→ Diese Interessen der DBB(s) sind unvereinbar mit feministischen Theorien, denn feministische Ansätze basieren auf einer Kritik ...

- ... am Positivismus und der Annahme, die wissenschaftliche Erkenntnisgewinnung kann alleinig durch Untersuchung der sichtbaren und damit realen Phänomene der Welt erfolgen. Wissenschaftliche Phänomene des Sozialen unterscheiden sich somit nicht vom Natürlichen und seien mittels gleicher Theorien erfassbar und mittels gleicher Methoden vermess-, beschreib-, analysierbar.
- ... am Reduktionismus von Theorie und Methode und der Annahme, Theorie und Methode sind richtig und der jeweils einzige mögliche Weg zu gültigem Wissen.
- ... an Objektivität und der Annahme, Beobachtung und Beobachtende könnten getrennt werden; Wissenschaftler*innen agierten also unbeeinflusst von ihrer sozialen Position, ihren Motiven für Forschungsinteressen und Wissenschaft könnte ohne Referenz zu gesellschaftlichen Bedürfnissen durchgeführt werden.
- ... an eindeutig abgrenzbaren Raumeinheiten und der Annahme, deren *Inhalt* definiere sich durch die Summe von Merkmalen, die mit dem *Inhalt* anderer Raumeinheiten vergleichbar wäre.
- ... an der Mathematisierung der sozialräumlichen Welt und der Annahme, Merkmale seien durch Variablen abbildbar und kategorisierbar und es gäbe regelmäßige Gesetze zwischen Variablen.
- ... an Universalität und der Annahme, regelmäßige Gesetze spiegeln universelle Regeln wider, die unter allen Umständen gültig sind und als normative Referenz dienen können.

➡ Vertreter*innen feministischer Theorien zeigen auf, dass DBB[s] ...

- ... die Quantifizierung als Maß von Wissenschaftlichkeit priorisier(t)en.
- ... die soziale Konstruktion von Variablen und Kategorien mit all ihren Konsequenzen nicht reflektier(t)en.
- ... die Forschungsinteressen sozial beeinflusst und Forschende kulturell voreingenommen waren und sind.
- ... Frauen und *andere* als Forschungssubjekte und -objekte marginalisier(t)en.
- ... die Wissensgenerierung benutz(t)en, um Marginalisierung zu rechtfertigen.
- ... die Beschreibung von Bevölkerung zum Vergleichen, Managen, Normieren und Regieren nutz(t)en.

➡ Konsequenz

Eine Konsequenz ist, dass Wissenschaftler*innen, die sich fern von Messung und statistischer Darstellung mit bevölkerungsrelevanten Phänomenen beschäftigen [wollen], in Feminist Geographies (Bhatia et al. 2020; Hendrixson et al. 2020) Migration Studies (Hierofani 2016) und Feminist Geopolitics (Hyndman 2004; Sharp 2022) abwander(te)n. Dies ist nachvollziehbar und kein Grund zur Kritik. Einzelne Forschende versuchen die DBB[s] jedoch für feministische Perspektiven zu öffnen (vgl. Riley 1999, Williams 2010), um zu zeigen, dass DBB mehr sein sollten, als eine Wissenschaft der Datenbereitstellung für staatliche Organisations-, Beratungs- und Handlungsinteressen.

Mit dieser Feministischen Geo-Rundmail verfolge ich diese Strategie. Mittels eines Glossars arbeite ich die feministische Kritik an etablierten Begriffen, Konzepten und Theorien der DBB[s] auf. Dies mit dem Ziel, bevölkerungsrelevante Phänomene zu diversifizieren und Bevölkerung als mehr als die scheinbar unveränderbaren, mess- resp. berechenbaren, kategorisierbaren und generalisierbaren Aspekte des menschlichen Lebens und Sterbens erfassen und analysieren zu können. Bevölkerungsgeograph*innen müssten nicht „weit blicken“, um den Forschungsgegenstand zu diversifizieren und sich somit von Demographie und Bevölkerungsforschung abzugrenzen. In der feministisch und dekolonial informierten Sozial- und Kulturgeographie gibt es theoretisch und methodisch vielversprechende Ansätze, auf die nur zugegriffen werden müsste.

Jeannine Wintzer

Aber auch im Fachbereich Demographie gibt es kritische Stimmen. Es folgt ein Ausschnitt aus dem Einleitungstext von Harriet B. Presser zu ihrem Paper *Democracy, Feminism and the Science Policy Nexus* von 2010. Auch wenn ihre Analysen entsprechend der Zeit auf Geschlechterdualismus basieren, macht ihr Text die Bedeutung einer Öffnung der Demographie für Feministische Theorien deutlich, da die DBB[s] sich ansonsten von gegenwärtigen bevölkerungsrelevanten Debatten selbst ausschließen und damit politisch Verantwortlichen unzureichende Informationen zukommen lassen, so Presser. Eine Feststellung, die auch 25 Jahre später noch immer von Bedeutung ist.

This is an interesting time for the discipline of demography. As the field matures, it is broadening its knowledge base with large-scale surveys to better understand the determinants and consequences of demographic behavior. There is also a growing recognition of the importance of obtaining qualitative data for generating hypotheses and to better understand the underlying dynamics. One might think that this maturation would enhance the impact demographers have on shaping the nature of population activities; that is, demographers, who have been so closely linked to the policy process in the past, might be expected to be more influential than ever before in broadening the policy agenda in ways that incorporate our greater knowledge. But this is not the case; indeed, demographers seem to be losing ground in the international policy arena. This situation derives from the fact that gender issues have become central in the policy arena while remaining marginal in demographic research. The political centrality of gender issues, amounting to a paradigm shift is evident in the Program of Action resulting from the 1994 International Conference on Population and Development (ICPD), held in Cairo, with its extensive attention to women's welfare and issues of equity and equality vis-a-vis men. (...) The impact of the rise of modern feminism on the discipline of demography, in contrast, has been more diffuse and less apparent. Although some demographers have been actively promoting research on gender issues from a feminist perspective-specifically (...) such analyses have been few and are regarded as marginal to the field. (...) Thus, whereas the ICPD Program of Action strongly advocated the empowerment of women to reduce gender inequality, we lack sufficient scientific knowledge about how gender inequality or other social inequalities relate to demographic processes. This deficiency stifles the development of demography as a science and compromises its usefulness to policymakers (Presser 1997, 295).

Bevölkerung

Der Begriff *Bevölkerung* weist eine menschliche Gruppe aus, die auf einer verwaltungsstaatlich festgelegten Raumeinheit im Rahmen nationalstaatlicher Grenzen wohnt. DBB sind die wissenschaftliche Entsprechung dieser Annahme einer Einheit von Gruppe und Raum und sie machen es sich zur Aufgabe „Leben im Raum“ zu beschreiben (Barcus und Halfacree, 2018:40). Dieses Forschungsinteresse hat die Konsequenz, dass Menschen und deren vermeintlichen Merkmale im kartesischen Raum verortet und mittels mathematischer und statistischer Methoden beschrieben werden.

Das Interesse an *Bevölkerung* in der Geographie und deren Zuordnung zur Anthropogeographie erfolgte nach Rainer Wehrhahn und Verena Sander Le Galle (2011) durch Friedrich Ratzel Ende des 19. Jahrhunderts. Dass die DBBs die Mathematisierung von Einwohner*innen priorisiert, ist nach Bähr et al. (1992) erstens auf die ideologisch belastete Beschäftigung mit Bevölkerung im Nationalsozialismus durch Forschungsinteressen wie Rassenkunde, Rassenhygiene und Eugenik zurückzuführen. Zweitens beeinflusst das in den 1960er-Jahren von der Münchner Schule der Sozialgeographie entwickelte Modell der Daseinsgrundfunktionen (wohnen, arbeiten, sich erholen, sich bilden, am Verkehr teilnehmen, in Gemeinschaft leben, ver- und entsorgen) die Ausrichtung der DBBs auf diezählbaren Variablen im Hinblick auf die Erfüllung der Daseinsgrundfunktionen. Drittens ist zu ergänzen, dass mit der Mathematisierung Carl Friedrich Gauß' Theorie der Normalverteilung und Adolphe Quetelets Konzept des Durchschnittsmenschen den DBB immanent eingeschrieben ist. Alle Angaben erscheinen in der Form des Mittelwertes, der als zahlenmäßige Repräsentation des normalen Durchschnittsmenschen Verwendung findet. Umso mehr Variablen in die Wahrscheinlichkeitsrechnung einbezogen werden, umso objektiver erscheint das daraus folgende Resultat und umso realer, da plausibler erscheinen die gesellschaftlichen Phänomene auch in ihrer Zukunft.

Aus Feministischer Perspektive stellen sich DBBs mit diesen Forschungsinteressen in den Dienst des Staates, nicht in den der Gesellschaft. Der Staat hat bestimmte Interessen wie beispielsweise Stabilität bestehender Sozialversicherungssysteme, die über Vorhersagbarkeit gesellschaftlicher Prozesse und Phänomene durch Wahrscheinlichkeitsrechnung erreicht werden soll. Genau darin liegt nach Alain Desrosières (2000:11) die Überzeugungskraft der DBBs; die Mathematisierung leistet Objektivitätsarbeit, das heißt, dass in der Darstellung gesellschaftlicher Phänomene als systematisch präzise Zahl plausible Dinge erzeugt werden, die somit als dauerhaft und damit entweder vorhersagbar oder mit den Mitteln der Wahrscheinlichkeitsrechnung zumindest in einem gewissen Maße beherrschbar erscheinen. Dies ist vor allem deswegen interessant, weil statistischen Wahrscheinlichkeitsmodellen trotz aller Modellparameter eine derartig große Mutmaßlichkeit innewohnt, so dass die Wirkmächtigkeit am Ende doch in der Interpretation liegt (Rosenthal 2004).

Bettina Heintz (2007:67) weist darauf hin, dass die wissenschaftliche Vorstellung wie 'objektive' Daten zu garantieren seien, historisch wandelbar ist. Die Gleichsetzung des Begriffs „objektiv“ mit „unabhängig von persönlichen Einschätzungen eines autonomen Subjektes“ und die damit verbundene Gleichsetzung mit „Wahrheit“ begann im 16. Jahrhundert als sich das Experiment und die Beobachtung und damit das Auge als grundlegendes Instrument der Erkenntnisgewinnung durchsetzten. Jedoch sind Experimente und Beobachtungen lokale Ereignisse, die durch ein konkretes Individuum erfolgen. Für die glaubwürdige Vermittlung braucht es eine Transformation vom „view from somewhere“ (Porter 1992) zum „Blick von nirgendwo“ (Nagel 1992).

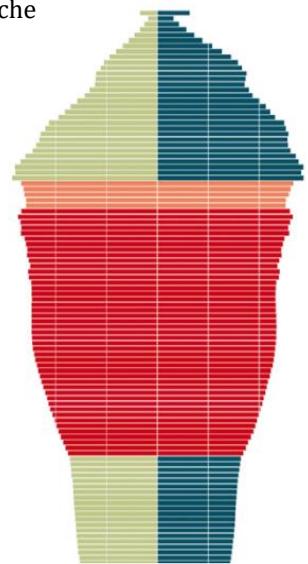


There can appear to be no social values in results of research that are expressed in formal symbols; however, formalisation does not guarantee the absence of social values. For one thing, historians have argued that the history of mathematics and logic is not merely an external history about who discovered what when. They claim that the general social interests and preoccupations of a culture can appear in the forms of quantification and logic that its mathematics uses. Distinguished mathematicians have concluded that the ultimate test of the adequacy of mathematics is a pragmatic one: does it work to do what it was intended to do? Moreover, formal statements require interpretation in order to be meaningful...Without decisions about their referents and meanings, they cannot be used to make predictions, for example, or to stimulate future research (Harding 1991, 84).

Bevölkerungsentwicklung

Im Jahr 1973 fällt in Deutschland erstmalig die Geburtenrate unter die Sterberate. Damit beginnt seitens der DBB[s] eine Publikationswelle zum Thema »demographischer Wandel«, die bis heute anhält und zwei Phänomene als problematisch für das soziale und wirtschaftliche Gefüge Deutschlands proklamiert: die Alterung und die Schrumpfung der deutschen Bevölkerung. Diese wissenschaftlich und politisch, zunehmend aber auch medial geführten Diskussionen erreichen im März 2007 einen Höhepunkt mit sozialpolitischen Konsequenzen. Auf der Basis wissenschaftlicher Berechnungen zu Veränderungen der Bevölkerungsstruktur bis 2060 beschließt die Große Koalition, das Renteneintrittsalter ab 2012 schrittweise von 65 auf 67 Jahre zu erhöhen. Damit werden die bestehenden staatlichen Instrumente zum Ausgleich des demographischen Wandels (Beitragszuschlag zur Pflegeversicherung für Kinderlose) um ein weiteres Instrument erweitert.

Schrumpfung und Alterung wurden zu Ursachen für vielfältig wahrgenommene soziale und räumliche Problemlagen, die die Stabilität der national organisierten Gesellschaft zu gefährden droh(t)en. So in Deutschland – in anderen räumlichen Kontexten wird nicht Schrumpfung und Alterung, sondern die wachsende Bevölkerung problematisiert und zur Ursache für den fehlenden sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Fortschritt (► Entwicklung). Beide Fälle können mit Bezug auf Reinhold Sackmann und Walter Bartel (2007) als Demographisierung bezeichnet werden. Sie dient als Bewältigungsform für soziale – und aus geographischer Sicht – räumliche Konflikte, wenn andere Lösungen gescheitert sind. Sackmann und Bartel bescheinigen den DBB[s] große Fähigkeiten die Bevölkerungsentwicklung und die damit einhergehenden Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur als „Huckepackthema“ für sozialräumliche Konflikte innerhalb einer Gesellschaft aktivieren zu können. Die Demographisierung ermöglicht erstens sozialpolitische Anpassungen (Beitragserhöhung der Renten- und Pflegeversicherung, die Erhöhung des Rentenalters) ohne, dass sozialstaatliche Debatten über Umverteilung von Arbeit und Kapital aufkommen. Die Demographisierung überbrückt zweitens sozialräumliche Ungleichheiten wie die fehlende Anpassung ost- an westdeutsche Löhne und ermöglicht Debatten zu Fachkräftemangel ohne, dass wirtschaftsideologische Debatten geführt werden. Die Demographisierung erklärt drittens sozialräumliche Krisen ohne, dass Debatten über die kommunalen Finanz- und Infrastrukturausstattungen aufkommen.



Die Entwicklung der Geburtenzahlen hängt ab von der Anzahl der potenziellen Mütter sowie von der Geburtenrate, auch zusammengefasste Geburtenziffer genannt. Die Geburtenrate eines Jahres gibt an, wie viele Babys im Durchschnitt eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommen würde, wenn die Verhältnisse dieses Jahres unverändert blieben. In Deutschland lag die Geburtenrate 2020 bei 1,53 Kindern pro Frau.

Ergänzend zum kritischen Konzept der Demographisierung reflektieren spezifisch feministische Perspektiven auf Bevölkerungsveränderungen die Fokussierung auf Frauen als reproduktives Potenzial, um Bevölkerung aufzuhalten, zu fördern, zu kontrollieren usw. (► Biomacht). Hier erfahren vor allem bevölkerungspolitische Maßnahmen Kritik, die von Motivation durch finanzielle Anreize (z.B. Einkommenssteuer, Kindergeld) über Verbote per Gesetz (z.B. Ein-Kind-Politik oder Abtreibungsverbot) bis hin zu gewalttätigen Eingriffen in den Frauenkörper (z.B. Zwangssterilisation) reichen. Die Gründe Reproduktion zu kontrollieren verändern sich je nach historischen und gesellschaftlichen Kontexten. Aktuell stehen bevölkerungspolitische Debatten in engen Zusammenhang mit Klima-, Ressourcen- und Naturschutzdebatten, was Hendrixson et al. (2020, 307) als Geopositionismus bezeichnen.

Geopositionism refers to the ways that spaces are produced to contain or exclude, surveil, and regulate particular bodies. Examples of geopositionism could include police terror against black youth and transwomen, the implementation of migrant detention camps, the militarization of conservation, land grabbing and the control of women's bodies through systematic violences like femicide. In this themed section, the co-authored paper "Alter-Geopolitics and the Feminist Challenge to the Securitization of Climate Policy" analyzes the geopositionalist agenda within the securitization of climate policy, which understands the movement of potentially dangerous climate migrants from the global South as the primary threat of climate change, rather than environmental damage itself. This serves to reinforce rationales for heightened borders in the North to keep 'them' out and 'us' secure. Boyce et al. call for an 'alter-geopolitics' arising from social justice movements to build connection and bridges, rather than borders.

Bevölkerungsgesetz

Rückwirkend betrachtet kann auch Malthus Bevölkerungsgesetz als Geopolationalismus interpretiert werden. Um die Bevölkerung vor Hungertod, Verdursten und Kriegen um Nahrung zu bewahren, gäbe es nach Malthus zwei Möglichkeiten: Einschränkungen der Bevölkerungsentwicklung oder Ausweitung der Nahrungsmittelproduktion. Malthus priorisierte aufgrund der damals nicht absehbaren technischen Errungenschaften in der Landwirtschaft erstere Möglichkeit durch Spättheirat, Geburtenkontrolle z.B. durch Enthaltsamkeit oder auch die Abschaffung der Armenleistungen, da sich diese nur fortppflanzen würden, wenn entsprechende Versorgungsmöglichkeiten gesichert wären. Malthus Analyse und Empfehlungen wurden im 19. Jahrhundert aufgegriffen, erweitert und gestützt, prägte bis ins späte 20. Jahrhundert wissenschaftliche Bemühungen und bevölkerungspolitische Maßnahmen (z.B. Ein-Kind-Politik, Sterilisationen). Noch heute passiert es, dass Journalist*innen Malthus Aussagen zitieren und stützen damit globale Narrative darüber, wer Kinder bekommen sollte und wer nicht.

Ende des 18. Jahrhunderts stellt der Ökonom und Pfarrer Thomas Robert Malthus die Zunahme der Bevölkerung (durch geometrische Progression: 1, 2, 4, 8, 16, ...) fest; sieht dies jedoch mit Blick auf die nicht ebenso wachsende Nahrungsmittelproduktion (arithmetische Progression: 1, 2, 3, 4, 5, ...) ein Missverhältnis von Bevölkerungsentwicklung und Bodenertrag und damit eine dringend zu lösende Herausforderung. Malthus Bevölkerungsgesetz ist ein Beispiel dafür, wie Analysen über einen Gegenstand (Verhältnis von Bevölkerung und Bodenertrag) zu menschenverachtenden Maßnahmen führen können (Malthus 1798).

Wenig erstaunlich ist, dass sich in der aktuellen Debatte um den Klimawandel die etablierte transnationale neomalthusianische Wissenselite wieder einmal zu Wort meldet, die seit Jahrzehnten die Thesen vom Zusammenhang von Umweltzerstörung und Bevölkerungsentwicklung vertritt – und dies nun in Bezug auf den Klimawandel neu aufgibt. „The population bomb is back, with a global warming twist“ (Hartmann/Barajas-Román 2009:70), warnen bereits im Vorfeld der Klimakonferenz von Kopenhagen 2009 feministische Forscherinnen. (...) Hartmann und Barajas-Román (2009:72) verwiesen auf vor Kopenhagen kursierende, für das bevölkerungspolitische Denken typische Studien, die entweder berechneten, wieviel CO₂-Ausstoß eine Frau bei der Geburt eines Kindes zu verantworten habe, wenn dies auf ihre Kinder und Enkel hochgerechnet würde, oder Familienplanung als kosteneffizienteste Investition gegen Klimawandel darstellten, indem sie diese mit den Kosten alternativer Technologien rechnerisch verglichen. Seitdem hat sich die These des Bevölkerungswachstums als zentraler ‚Faktor‘ des Klimawandels international verfestigt: So sendeten 2017 über 15.000 Wissenschaftler*innen eine „Warnung an die Menschheit“ aus, in der sie „das kontinuierliche schnelle Bevölkerungswachstum als Hauptfaktor für viele ökologische und gesellschaftliche Bedrohungen“ (Ripple et al. 2017:1026) erklärten (Schultz 2020:24).

Neomalthusianer*innen greifen Malthus mittlerweile widerlegte Analysen auf und übertragen sie auf aktuelle Debatten wie Klimawandel und Ressourcenschutz. Dies zeigt, dass malthusianische Narrative in den Wissensarchiven „eines konservativen und technokratischen umweltpolitischen Mainstreams verankert“ (Schultz 2020:24) und durch die Fokussierung auf Kinderzahl von politischen, sozialen, wirtschaftlichen Bedingungen ablenken, die eigentliche Gründe für Hungersnöte und hohe Sterberaten sind.

Malthus' Annahmen finden im Kontext von Klimawandeldebatten ein Revival. Unter dem Schlagwort des Gébärstreiks (Antinatalismus) entscheiden sich Menschen unabhängig des Geschlechts für Kinderlosigkeit. Argumentative Grundlage der antinatalistischen Bewegung sind die Einsparungen der Ressourcen. Erstmals rief Marie Huot – Tieraktivistin, Feministin und Neomalthusianerin – auf einer Konferenz im Jahr 1892 zum Gébärstreik auf und fordert einen legalen Zugang zu Verhütung und Abtreibung.

Weitere Analysen haben sich gesetzesähnlich in den Wissensarchiven verankert. Die Theorie des demographischen Wandels (► Bevölkerungsentwicklung) beispielsweise kann durch den Begriff des Geopositionalismus inspiriert, als Sozialpopulationismus bezeichnet werden, da umfangreiche sozialstaatliche Umwälzungen in der Kranken-, Pflege- und insgesamt Sozialversorgung damit erklärt und legitimiert werden. Auch Ansätze, die zunächst möglicherweise erst einmal nicht als bevölkerungsrelevantes Thema in den Mittelpunkt rücken, wie das Konzept Gentrifizierung, können als sozialpopulationistische Ansätze interpretiert werden (bestimmte Bevölkerungsgruppen sind verantwortlich), die geopositionistische Konsequenzen haben (für die Veränderungen der städtischen Bodenpreise). Hintergründe der Gentrifizierung wie die Investmentpolitik einzelner mächtiger Akteure auf dem Immobilienmarkt werden dadurch für die Debatte *unsichtbar*.



Das neomalthusianische Thesen bis heute Gültigkeit beanspruchen macht der folgende Beitrag von **Dominique Kauer** deutlich. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Arbeitsgruppe Sozialgeographie der Friedrich-Schiller-Universität Jena und forscht zu Geographischer Alter(n)sforschung. Ihr theoretischer Background sind Feministische und Postkoloniale sowie Affektive und Emotionale Geographien; methodisch arbeitet sie ethnographisch. Wir danken Ihr für diesen erkenntnisreichen Input zum Thema.

Gebärende¹ als Lösung globaler Herausforderungen für die Entwicklungszusammenarbeit am Beispiel der Narrative des Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Der „Think Tank“ Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (BIB), welcher unter anderem handlungsweisende Studien im Auftrag von und für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erstellt, legt einen Fokus auf Bevölkerungspolitiken im Globalen Süden. Dabei richten sie seit einiger Zeit einen Schwerpunkt auf junge Mädchen und Frauen und deren Reproduktion. Inwiefern diese auf neo-koloniale und neomalthusianistischem Gedankengut beruhen, werde ich im folgenden Beitrag zeigen.

Im Kern malthusianistisch

Laut malthusianistischer Argumentationen ist die Bevölkerung einem abstrakt quantitativen Ressourcenverhältnis der Natur gegenübergestellt, was zu einer Konstruktion des Zuviel oder Zuwenig an Bevölkerung führt (Schultz 2022:27). Dies wirkt ideengebend für Programme und Praktiken der Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Indirekt wird zugleich vermittelt, dass Armut auf dem verantwortungslosen Verhalten der Armen beruht und genau dort, im Bereich des Individuellen, Interventionen nötig seien (Wilson 2017:52). Folgendes Zitat der kürzlich erschienenen Studie des BIB zeigt dies deutlich:

„Food poverty is most prevalent in areas with some of the highest population growth rates in the world. Strong population growth coupled with other factors such as climate change and civil conflict can increase the pressure on natural resources and land for agricultural production“ (Rose & Hinz 2023, 14f).

Indem Bevölkerung ursächlich mit Ernährungsknappheit in einen kausalen Zusammenhang gebracht wird, werden Fragen nach globalen, postkolonialen Herrschaftsverhältnissen, kapitalistischer Ausbeutung, Eigentum und sozialer Ungleichheit hinfällig. Die Demographisierung gesellschaftlicher Krisenzählungen ignoriert ungleichen Zugang zu Ressourcen und die

Historie „der zerstörerischen, auf Gewalt und extremer Ungleichheit basierenden gesellschaftlichen Naturverhältnisse“, denn diese werfen maßgeblich „andere aktuelle Fragen auf als der Fokus auf eine zu reduzierende Anzahl von Menschen“ (Schultz, 2022: 176). Statt strukturelle Veränderungen zu fordern, wird Geldgeber*innen zu deutlich leichteren Maßnahmenpunkten verholfen. Untermauert werden diese mithilfe der These der Demographischen Dividende, sodass die letzte Studie der BIB mit dem Titel „Unlocking the power of demographic dividends“ ihren Fokus darauflegt und grundsätzlich behauptet: „Africa’s best chance for a longer-lasting economic upswing that benefits broad segments of the population is for families to become smaller“ (Rose & Hinz 2023:9). Die These der Demographischen Dividende

„beruht auf einer von der RAND-Corporation veröffentlichten und vom Weltbevölkerungsfonds sowie Hewlett-Packard- und Rockefeller- Stiftung finanzierten Studie eines Teams um den Harvard-Ökonomen David Bloom. Die Ökonomen behaupten darin, dass es in den „Übergangsländern“ möglich sei, durch gezielte Investitionen in Ausbildung und Beschäftigung von Jugendlichen sowie neoliberaler Arbeitsmarktpolitik diesen „Chancenvorteil“ des „demografischen Bonus“ in eine „demografische Dividende“, d.h. eine dynamische volkswirtschaftliche Entwicklung, umzuüben (Bloom et al. 2003)“ (Bendix & Schultz 2015:453).

Kritiker*innen bemängeln, dass das Konzept der demographischen Dividende zu simplifiziert sei, denn es bietet keine angemessene Differenzierung zwischen sozialen Gruppen innerhalb der als homogen betrachteten Altersgruppen (Hendrixson 2007:3). Vor allem die Charakterisierung von Jugendlichen in den als „Übergangsländer“ kategorisierten Ländern ist ambivalent. Es wird behauptet, dass wenn ihr „Humankapital“ nicht ausreichend gefördert und verwaltet wird, männliche Jugendliche als „Jugendüberhang“ die politische Stabilität des Landes gefährden könnten. Die „Bevölkerungsdynamik“ wird

¹ Das BIB fokussiert sich auf „Frauen“ und bleibt damit im binären Geschlechtersystem. Der Beitrag schließt im Folgenden alle Geschlechter, welche gebären (können), mit dem Wort „Gebärende“ bzw. „Gebärfähige“ ein.

hier erneut als Erklärung für Kriminalität, Aufstände oder eine Bedrohung des „sozialen Friedens“ herangezogen (BMZ 2013:11; Sippel et al. 2011). Möglichst schnell sollen Länder daher mithilfe von Entwicklungszusammenarbeitsprogrammen in Jugendbildung und Jugendbeschäftigung unter Berücksichtigung der Bevölkerungsdynamik zum „Übergang“ gebracht werden (BMZ 2013:3; Rose & Hinz 2023). Das bedeutet keine ökonomische Entwicklung ohne demographische Veränderungen. Die Kontrolle der Fertilität in Ländern des Globalen Südens wird aber nicht als neokoloniale Praxis dargestellt. Vielmehr wird sie mit Studentiteln wie „Afrikas demografische Vorreiter. Wie sinkende Kinderzahlen Entwicklung beschleunigen“ (Kaps et al. 2019) als eine vernünftige Reaktion auf die wirtschaftliche Entwicklung betrachtet (Bendix & Schultz 2015:2). In belehrendem Ton der Deutungshoheit wird diese Theorie schließlich formuliert:

„Denn vielerorts herrscht die Vorstellung, eine große, junge Bevölkerung allein sei der Garant für einen wirtschaftlichen Aufschwung. Dass ein Rückgang der Kinderzahlen und kleiner werdende Nachwuchsjahrgänge die Grundvoraussetzung für einen demografiebedingten Wirtschaftsaufschwung sind, wird dabei gerne außen vor gelassen“ (Kaps et al. 2019:15).

Dramatisiert wird dies mit einem Rückgriff auf das malthusianistische Tragfähigkeitstheorem, nach welchem eine „Überbevölkerung“ zu Hungersnöten führt und – neomalthusianistisch gedacht: noch schlimmer! -Migration verstärkt:

Drastische Prognosen wie diese lassen ganz bewusst „kontinuierliche Verbindung der Geschichte extraaktivistischer ökologischer Zerstörung mit der Geschichte von Genozid, Landnahme, Vertreibung und Enteignung“ (Schultz 2022:176) außen vor.

„Weil lebenswichtige Ressourcen wie Wasser oder Ackerland nicht mit der Einwohnerzahl mitwachsen, häufen sich Spannungen und Verteilungskonflikte. [...] Ebenso dürften mangelnde Zukunftsperspektiven Afrikas Jugend häufiger dazu bewegen, sich anderorts auf die Suche nach besseren Lebensmöglichkeiten zu machen“ (Kaps et al. 2019:6).

Gebärende im Brennpunkt

Wenn aber ein Fokus auf Gebärenden und ihrer Fertilität liegt, können diese Verbindungen getrost beiseitegeschoben werden. Nikes „Girl Effect“ Kampagne (Wangari 2002) setzte genau dort an und wurde mit Slogans wie „Gender Equality as Smart Economics“ (Weltbank) fortgesetzt. So legt schließlich auch das BIB seinen Fokus auf gebärfähige Menschen. Einerseits beruht dies auf der Annahme, dass Frauen zusätzliches Haushaltseinkommen sinnvoller nutzen als Männer (Rose & Hinz, 2023:15, 17) und sie gleichzeitig das Wirtschaftswachstum fördern würden (ebd.:36). Andererseits werden Frauen als homogene, machtlose Gruppe passiver Empfängerinnen von Entwicklungshilfe dargestellt, welchen keine agency zugesprochen wird, wie postkoloniale feministische Kritiker*innen treffend analysierten (Mohanty 1988). Die neueste BIB Studie spricht dabei für sich:

„Child marriages and early pregnancies are a major reason why many girls drop out of school. Conversely, every further year of secondary education reduces girls' likelihood of being married before the age of 18“ (Rose & Hinz 2023:20).

„Family sizes only become smaller when women are empowered within society. This translates in practice to girls staying in school longer and marrying later, women advocating for themselves within their relationships and communities and women participating fully in the workforce and politics. Coupled with the availability of family planning resources, this results in smaller families and the demographic dividend can come within reach“ (ebd.: 12).

Diese jungen Mädchen sollen als Opfer ihres sozio-ökonomischen Systems befreit und gerettet werden. Die Anlehnung an missionarische Narrative ist augenscheinlich, jedoch wird versucht, dies mit Narrativen wie *empowering* zu verschleiern:

Kinder kriegen wird effektiv als individuelle Lebensweise von Frauen impliziert, deren Verhaltensfaktoren gesucht und verändert werden müssen:

Dies verleitet dazu auszuklammern, dass das Kinderkriegen eine grundlegende Dimension des Sozialen darstellt, die in komplexe und kontextabhängige gesellschaftliche Konstellationen und Beziehungen der Sexualität, Körperlichkeit, Gesundheit, Sorgearbeit und vielfältigen Ausprägungen des Zusammenlebens eingebettet ist (Schultz 2022:180). Hinzukommend

„Girls and young women who choose to delay pregnancy, have fewer children and earn a living have a greater chance of reaching their full potential. When countries' fertility rates fall, a demographically induced economic upswing occurs“ (Rose & Hinz 2023: 21).

wird strukturelle Gewalt und die Produktion von geschlechtsspezifischen Subjektivitäten als Effekt von Hegemonie und Ungleichheit, als „Wahl“ umgelabelt, sodass ausschließlich individuelle Selbsthilfe und eigene Verantwortung für eine Veränderung benötigt würden. Gebärfähige werden zur Lösung des „Problems“ von „Entwicklung“. Dabei verbergen Narrative des BIB obendrein in euphemistischen Bildern von Produktivität zur Kapitalakkumulation rassistische Erzählungen von gefährlich reproduktiven Frauen und hypersexuellen Männer (Briggs 2002:117). Wenn Kontrolle über den Körper und die Sexualität von jugendlichen Mädchen für ihre eigene potenzielle Produktivität gewonnen wird, sei also die größte Gefahr gebannt. Ignoriert wird hier, dass das Kinderkriegen eng mit gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Verhältnissen verbunden ist und nicht davon getrennt werden kann. Dabei werden wichtige Erkenntnisse aus der dekolonialen, materialistischen und queer-feministischen Forschung zu global heterogenen Sorgebeziehungen, Geschlechterregimen und Körperpolitiken ebenfalls nicht angemessen berücksichtigt (Schultz 2022:181). Die Konsequenzen dessen sind gravierend: Nicht nur wird legitimiert, dass weniger Gelder in Gesundheit, Bildung und öffentliche Versorgung gesteckt werden (denn eine geringere Bevölkerung bedeutet weniger Bedarf an diesen), sondern Investitionen der EZ fließen insbesondere in Sterilisationsprogramme und hormonelle Verhütungsmethoden. Die gewaltigen Folgen für bspw. Gebärfähige in Indien oder Peru werden an anderer Stelle umfassend beschrieben (Del Aguila 2006; Wilson 2017).

Die Klimakatastrophe individuell bewältigen

Außerordentlich ist zudem, dass Frauen in der Studie des BIB (Rose & Hinz 2023) als Lösungsgarant für Problematiken der Klimakatastrophe dargestellt werden: „It is essential to recognise that climate change is not gender-neutral. Successful mitigation efforts must put women and youth at the centre and enable them to act as agents of change“ (ebd.: 29). Regierungen werden in der Studie zwar angehalten, rasch und entschlossen zu handeln, um den Klimawandel zu verlangsamen und eine angemessene Vorbereitung und einen angemessenen Schutz sowie eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten, aber die Lösung sollen Individuen (außer Männer) selbst sein. Des Weiteren wird das Problem auch in der Demographie ermittelt: „Demographic factors influence the extent to which climate change effects on vulnerable populations like women, youth and migrants“ (ebd.). Damit werden die eigentlichen Verantwortlichen für die Klimakatastrophe, wie enorm CO2-Emissionen verursachende reiche Menschen des Globalen Nordens sowie global agierende Unternehmen, ausgeklammert. Es wird schlicht suggeriert, dass sich Menschen im Globalen Süden nun an die Folgen anpassen müssen, indem sie weniger Kinder bekommen. Für das BIB ist das Narrativ nicht neu. Schon und 2011 finden sich ähnliche Korrelationskonstruktionen: „Geraade in Ländern mit starkem Bevölkerungswachstum finden kaum Ertragssteigerungen durch moderne Anbaumethoden statt. [...] Der Klimawandel verschärft die Ernährungsprobleme weiter“ (Sippel et al. 2011:12).

Es ist einfach Bevölkerungsentwicklung als ursächlichen Faktor für fast alle Problemlagen heranzuziehen, insbesondere als Erklärung für ökonomische Krisen bzw. als Bedingung für wirtschaftliche „Chancen“ (Schultz 2022:192). Denn so ist es ein Leichtes, Maßnahmen auszumachen. Die Klimakatastrophe und wirtschaftliche Ungleichheiten innerhalb größerer, komplexerer Strukturen auszumachen, hieße nämlich eigene Verantwortung in kolonialen Vergangenheiten und neokolonialen Gegebenheiten zu erkennen.

Literatur

- Bendix, D., & Schultz, S. (2015). *Bevölkerungspolitik reloaded: Zwischen BMZ und Bayer*. 35, 447–468.
- BMZ. (2013). *Bevölkerungsdynamik in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit* [Handbuch]. BMZ. https://health.bmz.de/wp-content/uploads/GIZ_Auftrag_BMZ_A5_Bevölkerungsdy_web_compressed.pdf
- Briggs, L. (2002). *Reproducing Empire* (1. Aufl.). University of California Press.
- Del Aguila, E. V. (2006). Invisible women: Forced sterilization, reproductive rights, and structural inequalities in Peru of Fujimori and Toledo. *Estudos e pesquisas em psicologia*, 6(1), 109–124.
- Hendrixson, A. (2007). What's Wrong with the 'Demographic Dividend' Concept? *DifferenTakes*, 44.
- Kaps, A., Schewe, A.-K., & Klingholz, R. (2019). *Afrikas demografische Vorreiter. Wie sinkende Kinderzahlen Entwicklung beschleunigen* (S. 1–54) [Studie]. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. https://www.berlin-institut.org/fileadmin/Redaktion/Publikationen/PDF/BI_AfrikasDemografischeVorreiter_2019.pdf
- Mohanty, C. (1988). Under Western Eyes: Feminist Scholarship and Colonial Discourses. *Feminist Review*, 30(1), 61–88.
- Rose, C., & Hinz, C. (2023). *Unlocking the Power of Demographic Dividends. Insights and Recommendations from #The4DSeries Policy Dialogues* (S. 1–42) [Studie]. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
- Schultz, S. (2022). *Die Politik des Kinderkriegens. Zur Kritik demografischer Regierungsstrategien*. transcript Verlag.
- Sippel, L., Kiziak, T., Woellert, F., & Klingholz, R. (2011). *Afrikas demografische Herausforderung. Wie eine junge Bevölkerung Entwicklung ermöglichen kann* [Studie]. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
- Wangari, E. (2002). Reproductive Technologies: A Third World Women's Perspective. In K. Saunders (Hrsg.), *Feminist Post-Development Thought* (S. 298–312). Zed Books.
- Wilson, K. (2017). In the name of reproductive rights: Race, neoliberalism and the embodied violence of population policies. *New Formations*, 91(91), 50–68.

Biopolitik

Prozesse, die menschliches Leben zum Thema der Politik machen und dies im Zusammenhang steht mit der Kontrolle des menschlichen Lebens durch Politik, bezeichnet Michel Foucault (1987[1976]) als Biopolitik. In Bezug auf DBB[s] betrifft Biopolitik das Verhältnis von Staat und Individuum im Allgemeinen und die Steuerung von Reproduktion durch staatliche Behörden und der damit einhergehenden Kontrolle von Frauenkörpern im Speziellen. Biopolitik ist nach Foucault eine Form des Regierens, die im Gegensatz zu Geopolitik und dessen Ziel der Einflussnahme auf Menschen durch Einflussnahme über Raum, Macht auf die Bevölkerung durch Zugriff auf den Körper der Individuen ausübt. Konsequenzen biopolitischer Machtmechanismen sind Normalisierungsprozesse und die damit einhergehende Disziplinierung der Bevölkerung zum Beispiel durch die Unterscheidung von gesund und krank. Neben dem Gesundheitszustand identifiziert Foucault vor allem die Sexualität als Bindeglied zwischen Staat und Individuum.

Die Sexualität liegt letztlich genau an der Verbindungsstelle zwischen der individuellen Disziplinierung des Körpers und der Regulierung der Bevölkerung. (...) Die Sexualität ist das Bindeglied zwischen anatomischer Politik und Biopolitik; sie liegt am Kreuzungspunkt der Disziplinierungs- und Regulierungsformen, und in dieser Funktion wird sie Ende des 19. Jahrhunderts zu einem erstrangigen politischen Instrument (Foucault 1981/1985:230).

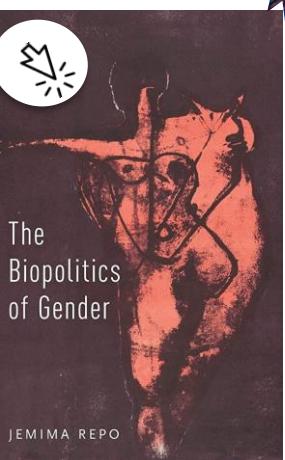


Foucaults Analysen zu Gesundheit und Sexualität sind für kritische Perspektiven auf DBB[s] sehr inspirierend. Der Blick auf biopolitische Machtmechanismen legt offen wie der Staat auf die Körper der Individuen zugreift und wie dies mittels Technologie wie DNA-Analysen, Gesichtserkennung usw. verstärkt wird. Gleichzeitig finden vor allem in den feministisch informierten Science and Technology Studies Debatten über biotechnologische Innovationen statt. Denn Formen der Biopolitik können auch Praktiken des *undoing gender* initiieren (Butler 1991; 2009).

Mechanisms of biopolitical governance involve generating statistical and demographic knowledge, such as birth-to-death ratios, reproduction rates, birth control, and illness. As technology advances, biometrics have become important tools for identifying and classifying the behavioural and physiological traits of individual subjects, such as iris scanning, fingerprinting, and gait. This knowledge is produced in order to "make live" (and monitor) the collective body of the population. Knowledge gathered from such methods is powerful because it creates the boundaries of what counts as "normal", forms the basis for institutional forms of control and order, and can be utilised to intervene in, include, or exclude segments of a population (Foucault 2004, pp. 241–245). This differs from sovereign power because it deploys administrative tools and managerial procedures that are legitimised by expert knowledge rather than law or parliament (Oksala 2010, p. 38) (Smith & Agius 2021:276).



Jedoch ist Technologie auch mit technowissenschaftlichen Kontrollphantasien verbunden, die eine beliebige Formbarkeit des Körpers mit den Mitteln der Genetik versprechen (Gehring 2006). Im Kontext der Reproduktionsmedizin treffen beispielsweise Debatten um die Medikalisierung des weiblichen Körpers und der schwangeren Frau auf die Potentiale zur reproduktiven Selbstbestimmung auch jenseits der Zweigeschlechtlichkeit (vgl. Schurr et al. 2023; Perler & Schurr 2022). Wir sehen daran, dass Technologien nicht „gut“ oder „schlecht“ sind, sondern mit Blick auf deren kontextuellen Einsatz beurteilt werden müssen. Mit Blick auf die politikberatenden Aufgaben der DBB[s] sind die Kenntnisse zu diesen Debatten von großer Bedeutung – denn Reproduktion oder Fertilität oder Mortalität sind nicht einfach statistische Größen gesellschaftlicher Bevölkerungsdynamiken, sondern gebunden an individuelle Lebensentwürfe, die überaus divers sind.



Demographie

Obwohl die Entwicklung der Demographie als wissenschaftliches Fach eng an die Entwicklung des modernen Nationalstaates gebunden ist, ist sie keine Erfindung des Nationalstaates. Zeugnisse über die Ermittlung spezifischer Informationen über die Bevölkerung sind bis 3000 Jahre v. Chr. in Ägypten zur Organisation des Pyramidenbaus, bis 2300 Jahre v. Chr. in China zur Provinzbeschreibung als auch bis 500 Jahre v. Chr. in Persien in Form von Straßenmessungen und Grundsteuerveranlagungen erhalten. Auch die Verteilung von Grundbesitz sowie die Organisation des Kriegs- und Flottendienstes, der Steuern, der Rechte und Pflichten unterschiedlicher Bürgerklassen machten ein differenzierteres System statistischer Erhebungen in der Antike von Nöten; jedoch unregelmäßig, lückenhaft und je nach Fürstentum unterschiedlich ermittelt wurden.

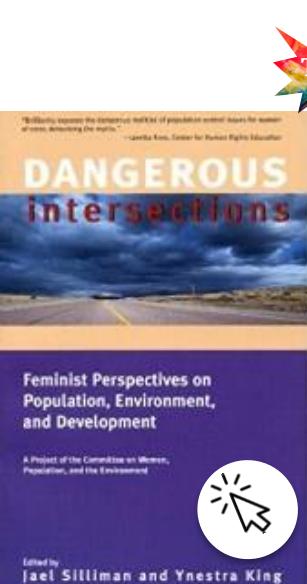
Erst im 15. Jahrhundert forderte der Wille nach monarchischer Macht und das Interesse an der Beurteilung der eigenen und fremden militärischen und finanziellen Mittel den Ausbau der Informationssammlung über Bevölkerung. Mit den Veränderungen vom mittelalterlichen Herrschafts- zum modernen Staatssystem wurde es immer bedeutender, ausreichende Informationen über die militärischen, finanziellen und personellen Mittel des Staates zu besitzen. Vorläufer der modernen Statistik waren Kartensammlungen, die nach Grenzen, Hauptorten, Geschichte, Organisation, Regent, Adel, Stand, Militär, Rechtverfassung, Steuern und Ausdehnung des politischen Einflussbereiches kategorisieren (Meitzen 1886:2f).

Die moderne DBB ist geprägt durch Alfred J. Lotka (1880-1949). Er war Mathematiker und suchte ganz im Sinne seiner Zeit nach physikalischen Gesetzen für biologische Prozesse. In seinen Überlegungen zu den Gesetzen der Bevölkerungsdynamik stellte er einen Zusammenhang her zwischen Geburten- und Sterberaten sowie zur Altersverteilung einer Bevölkerung und prägte die Vorstellung eines Gleichgewichts zwischen den Bevölkerungsdynamiken. Die Wissenschaftsforscherin Ariane Tanner (2017) hat mit *Die Mathematisierung des Lebens. Alfred James Lotka und der energetische Holismus im 20. Jahrhundert* eine überaus interessante Studie über das Denken einer Zeit und die Grundlagen vergangenen (und zum Teil gegenwärtigen) Wissensverständnis vorgelegt. Der Transfer menschlichen Lebens und Sterbens ins mathematische Aussagesystem bestimmt bis heute die DBB. Auf der Basis von Stichproben, Volkszählungen und Befragungen werden Geburtenraten, Fruchtbarkeitsziffern, Sterberaten, Migrationsraten, Lebenserwartung usw. berechnet.

Denn im Zuge breiter gesellschaftlicher Umwandlungen durch die Nationalstaatenentstehung sowie die Internationalisierung des Handels durch Kolonialismus entstand ab dem 17. Jahrhundert zunehmend das Bedürfnis nach Risikoabschätzung, Verwaltung von Staaten, Kontrolle der biologischen und ökonomischen Reproduktion von Gesellschaften sowie Kontrolle der militärischen und administrativen Tätigkeiten. Zudem wurden Veranschaulichungsmethoden (z. B. Alterspyramiden) entwickelt, die den Bevölkerungskörper so gut wie möglich repräsentieren sollten (Lee & Schneider 2005).

DBBs wissen um die historischen und auch gegenwärtigen Hintergründe, was jedoch wenig zu einer Reflexion ihrer Praktiken führt. Kritik an DBB erfolgte nicht erst durch Feminist*innen; auch aus eigenen Reihen wurde darauf hingewiesen, dass beispielsweise Bevölkerungsprognosen wichtig, jedoch alleinig Simulationen sind, die nicht als Tatsachen politisch instrumentalisiert werden dürfen. So dürfe auch nicht die Alterspyramide in Zusammenhang gebracht werden mit Vorstellungen von natürlichem respektive von der Natur abweichenden Bevölkerungsprozessen.

If all we knew about women was what we read in demography, what would we know?
Susan Cotts Watkins



Feminist demography

Today, as books in feminist anthropology, sociology, and political science proliferate, the term "feminist demographer" remains an oxymoron.
(Greenhalgh 1995: 602)

Demographic research could potentially contribute to a productive and central tension in feminist scholarship, that between "difference" and united political action. Many scholars (Spelman 1988; Mohanty 1991) have argued that we need to recognize the great differences among women, and not assume homogeneity within the category "women" (Riley & McCarthy 2012:116).

Einwohner*innen

Die Beschäftigung mit bevölkerungsrelevanten Phänomenen durch DBB basiert auf der Mathematisierung der Einwohner*innen alszählbare Einheit von Bevölkerung. *Einwohner*innen* und *Bevölkerung* implizieren zwei Annahmen und ein Ziel: a) eine bestimmte Anzahl an Einwohner*innen hat gleiche Merkmale und können daher kategorisiert werden (► Kategorie), die von anderen Einwohner*innen unterschieden werden können, b) mittels Merkmalen und Kategorien können Aussagen über Einwohner*innen gemacht werden. Dies dient dem Ziel mittels kartesischer Verortung von Einwohner*innen Handlungsempfehlungen für politisch Verantwortliche machen zu können. Aus feministischer Perspektive ist der kausale Schluss von einer quantitativen Kategorie auf eine qualitative Aussage zu kritisieren, da sich beispielsweise mit der Kategorie Frau, jung, deutsch nicht automatisch ein einheitliches Frau-, Jung-, Deutsch-Sein ergibt. Zudem halten Feministische Forscher*innen fest, dass Aussagen über Einwohner*innen und damit über Bevölkerung nie im *leeren Raum* erfolgen, sondern sich immer an etwas orientieren, was die Feministische Forschung Normativ nennt. So spiegeln beispielsweise Aussagen über Mobilitätsentscheidungen von Einwohner*innen, Immobilität als Normativ wider; steigende oder sinkende Eheschließungen sowie hohe oder niedrige Geburtenraten implizieren niedriger oder höher *normale* Eheschließungen respektive niedrige/hohe/normale Geburtenraten.

Wer ist ein*e Einwohner*in?

Dass Kategorien soziale Konstrukte sind, zeigt sich am flexiblen Umgang mit ihnen. So galten lange Zeit nur Männer als Einwohner; später dann nur Männer und Frauen, die in Deutschland geboren wurden. Gegenwärtig definiert das öffentliche Recht Deutschlands Einwohner*innen als Personen, die in einer Gemeinde oder territorialen Einheit ihren wohnberechtigt sind; dies schließt die gemeldeten Ausländer ein.

Empirismus

Als Gegenposition zum Rationalismus gehen Empiriker*innen davon aus, dass jegliche menschliche Erkenntnis auf Sinneserfahrungen basieren. Während Rationalisten wie René Descartes, Baruch de Spinoza und Gottfried Wilhelm Leibniz von angeborenen Ideen und von einer Allmacht von Vernunft und Logik ausgehen (Erkenntnis ist *a priori* – von vorne herein – vorhanden und kann durch logisches/vernünftiges Denken offengelegt werden), ist für Empiristen wie Francis Bacon, John Locke, Georges Berkeley und David Hume Erkenntnis erst *a posteriori* (aus der Erfahrung gewonnen) möglich. Emanuel Kant machte es sich in *Kritik der reinen Vernunft* zur Aufgabe beide Positionen zu vereinen, indem er Erkenntnisse benennt, die *a priori* vorhanden sind (z.B. Raum und Zeit oder $1+1=2$) und Erkenntnisse benennt, die *a posteriori* gewonnen werden wie „Auf dem Stuhl sitzt ein Mensch“. Die modernen Naturwissenschaften und später auch Sozial- und Kulturwissenschaften entwickelten sich zu empirischen Wissenschaften – auch die Geographie versteht sich als empirische Wissenschaft.

Empirisches Denken befreit die Wissenschaft von Metaphysik und setzt Menschen als erkenntnisgewinnende Akteure in den Mittelpunkt der Erkenntnisprozesse – mit all den sich damit ergebenen Herausforderungen und der Frage, wie unter diesen Umständen wissenschaftliche Objektivität garantiert werden kann; eine Frage, die von feministischen Wissenschaftler*innen (vgl. Singer 2008) als nicht zielführend dekonstruiert wurde. Im Kontext der Aufklärung führt empirisches Denken jedoch auch zu der Vorstellung *irgendwann* könnte *alles* mit den menschlichen Sinnen erfasst, vermessen, analysiert usw. sein. Schon Erwin Schrödinger (1994[1932]: 297) weist Anfang des 20. Jahrhunderts darauf hin, dass Forschende im Zuge ihrer Forschung immer wieder aufs Neue eine Auswahl im unendlich Möglichen treffen; sei es aufgrund finanzieller Einschränkungen, persönlicher Interessen oder dass es einfach nicht umsetzbar ist, alle möglichen Experimente durchzuführen“. Da Erkenntnisgewinnung bis in die 1960er-Jahre androzentratisch war, betraf die Auswahl aus dem unendlich möglichen vorergründig männliche Lebenswelten. Im Zuge der zweiten Frauenbewegung erfolgte daher die nachvollziehbare Forderung, auch Frauen und weibliche Lebenswelten empirisch – und zwar vielseitig – empirisch zu erfassen. Seit den 2000er-Jahren hat dieses Vorgehen jedoch zu breiter Kritik geführt, denn ...

[Feminist empiricism] leave[s] intact much of scientists' and philosophers' conventional understanding of the principles of adequate scientific research. It appears to challenge mainly the incomplete practice of the scientific method, not the norms of science itself. It says, in effect, that mainstream inquiry has not adhered rigorously enough to its own norms. (Harding 1991:113)

“This kind of approach might question the way that we measure concepts, who is included in the sample, and who and what we are including in the models. Often, research of this kind “brings women in” – into theory, measurement, or analysis. This perspective less often argues that we need to change those assumptions, models, or theories than that we have not included enough attention to women within them” (Riley & McCarthy 2012:100).

“First, as many demographers have pointed out (Caldwell 1986; Mason 1987; Watkins 1993), adding information to our analyses about women's lives will increase the predictive power of those analyses” (Riley & McCarthy 2012:119).



FEMINIST EMPIRICISM
von Kirstin Borgerson,
Kapitel 6



The Routledge Handbook
of Feminist Philosophy of
Science

Sharon Crasnow and Kristen Iannenni

Grundlage der Demographie ist die Statistik. Die erste statistische Vorlesung hält Hermann Conring 1660 in Helmstedt und er fasst seine Gedanken in seinem Werk *Thesaurus totius orbis quadripartitus* (1675) zusammen. Er betont die Notwendigkeit der Ermittlung von Volkszahl und Stärke als wichtige Aufgabe des Staates und fordert nicht allein die Beschreibung des Volkskörpers, sondern die Diskussion der ursächlichen Zusammenhänge von Raum und Zeit im Hinblick auf die Vermehrung der Bevölkerung. Die Fokussierung auf (weibliche) Fertilität hat damit eine lange Tradition. Die wissenschaftliche Institutionalisierung erhält die Statistik mit Gottfried Achenwall (1749); für ihn ist Statistik das Suchen nach Systematik und idealer Auffassung und nötig, um die Ansprüche des neu entstehenden Staatsystems zu erfüllen. Sein Buch *Abriss der neuesten Staatenwissenschaft der heutigen vornehmsten europäischen Reiche und Republiken* wird in fast alle europäischen Sprachen übersetzt.

Entwicklung

Entwicklungs politische Debatten – also Debatten über staatliche Programme mit dem Ziel, die soziale, politische und ökonomischen Bedingungen in *Entwicklungsländern* zu verbessern – sind eng an bevölkerungspolitische Debatten geknüpft. Grundsätzlich gilt das Motto: Familienplanung durch Fertilitätsreduktion. Die daraus resultierenden Maßnahmen reichen von der finanziellen und infrastrukturellen Förderung des Zugangs zu Verhütungsmittel bis hin zu (Zwang-)Sterilisationen. Grundsätzlich begrüßten in den 1960er- bis 1990er-Jahren auch Feminist*innen die Maßnahmen zur Familienplanung, da sie darin einen wichtigen, wenn nicht sogar den einzigen Weg, für ein zweites Ziel der Entwicklungspolitik sahen: Bildung und Berufstätigkeit von Frauen (4. Weltfrauenkonferenz Peking 1995). Im Zuge postkolonialer und feministischer Perspektiven auf „Entwicklung“ (post-colonial feminist movement) kritisieren *Feminist*innen des Südens* seit den 1990er-Jahren die essentialistischen Vorstellungen des westlich, weißen, bürgerlichen Feminismus, nach dem Frauen in der gesamten Welt und *Dritte-Welt-Frauen* als eine spezifische Opfergruppe zu homogenisieren seien. Ganz im Sinne Edward Saids Konzept des Orientalismus zeige sich darin weniger ein empowernder globaler Feminismus, als vielmehr die Konstruktion der westlich, modernen, fortschrittlichen und selbstbestimmten Frau.



Any discussion of the intellectual and political construction of “Third World feminisms” must address itself to two simultaneous projects: the internal critique of hegemonic “Western” feminisms and the formulation of autonomous feminist concerns and strategies that are geographically, historically, and culturally grounded [Mohanty 2003, 17]. The first analytic presupposition I focus on is involved in the strategic location of the category “women” vis-à-vis the context of analysis. The assumption of women as an already constituted, coherent group with identical interests and desires, regardless of class, ethnic, or racial location, or contradictions, implies a notion of gender or sexual difference or even patriarchy that can be applied universally and cross-culturally. [...] The second analytical presupposition is evident on the methodological level, in the uncritical way “proof” of universality and cross-cultural validity are provided. The third is a more specifically political presupposition underlying the methodologies and the analytic strategies, that is, the model of power and struggle they imply and suggest. I argue that as a result of the two modes—or, rather, frames—of analysis described above, a homogeneous notion of the oppression of women as a group is assumed, which, in turn, produces the image of an “average Third World woman.” This average Third World woman leads an essentially truncated life based on her feminine gender (read: sexually constrained) and her being “Third World” (read: ignorant, poor, uneducated, tradition-bound, domestic, family-oriented, victimized, etc.). This, I suggest, is in contrast to the (implicit) self-representation of Western women as educated, as modern, as having control over their own bodies and sexualities and the freedom to make their own decisions.



Feminist*innen betonen, dass die soziale, politische, wirtschaftliche und ökologische Entfaltung der Länder des *Globalen Südens* immer auch mit Dekolonisation einhergehen muss. Ansonsten sind Entwicklungskonzepte – so Gayatri Spivak nicht anderes als neokoloniale Nachfolger des vermeintlich zivilisatorisch motivierten Imperialismus. Spivak (1999) zeigt auf, dass Vorstellungen von *Entwicklung* Konsequenzen eines neoliberalen Weltwirtschaftssystems sind und sich die Maßnahmen gegen die Erschöpfung der Weltressourcen alleinig auf die demographischen Bedingungen des Südens fokussieren. Feminist*innen fordern daher neoliberalen Entwicklungsparadigmen zu Gunsten des Konzepts des „guten Lebens“ aufzugeben. Soziale, politische, wirtschaftliche und ökologische Sicherheit sind keine Konsequenzen des neoliberalen Regierens, sondern eines postkolonialen, antipatriarchalen und plurinationalen Staates. Die Ökonomie als Leitbild zur Organisation der Welt durch eine Ethik menschlicher Bedürfnisse zu ersetzen ist das Ziel post-kolonialer und feministischer Bewegungen.



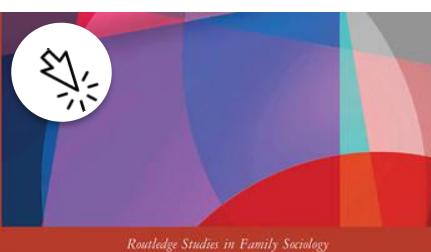
Familie

Die Coronamaßnahmen – vor allem jene, die für Feiertage veranlasst wurden – haben zu umfangreichen Debatten über die Vorstellungen der Bundes- und Landesregierung[en] von Familie geführt. Wer sich mit wem treffen und die Feiertage verbringen durfte, wurde vordergründig entlang der traditionellen Kernfamilie festgelegt. Für viele half auch die Ausnahmenerweiterung auf bisher eher fortschrittliche soziologische Verständnisse von Familie als eine Personengruppe, die in einem Haushalt zusammenwohnen, nicht, da auch diese nicht den Lebensrealitäten beispielsweise multilokaler Haushalte entsprachen. Auch DBB[s] reflektieren zu wenig das traditionelle Verständnis von Familie, so dass diese als unflexible, messbare und zuordenbare Kategorie entweder als monolokaler Ort der Reproduktion – und somit als eine an einem einzigen Ort wohnende Personengruppe mit minderjährigen Kindern – oder als monolokaler Problemort des Erwachsenenwerdens aufgrund von Sozialisationsausstattungen (z.B. im Kontext von Migrationserfahrungen oder im Hinblick auf Armuts- oder Gewaltrisiken) betrachtet wird.

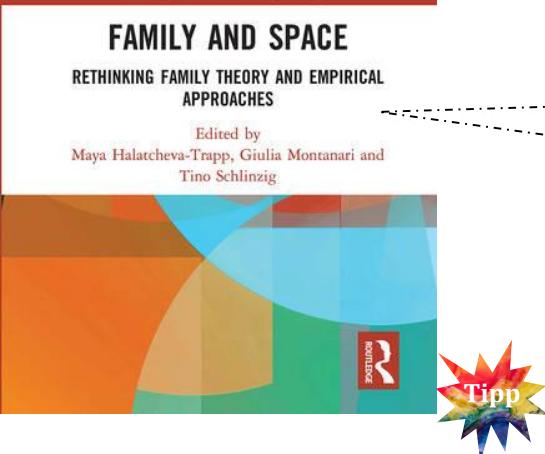
Feministische Theorien kritisieren diese Fokussierung auf einzelne Phasen im Lebenszyklus einer Familie (Kindererziehung) und kritisieren die damit einhergehende Exklusion, denn Alleinerziehende, Paare mit Kindern oder Wohngemeinschaften werden nicht als Familie kategorisiert, was konkrete steuerliche und rechtliche Konsequenzen nach sich zieht.

Giulia Montanari und Tino Schlinzig (2019) stellen mit Hallman (2010) und Hall (2019) einen *family turn* in der Geographie fest, jedoch wird dieser nicht von DBB[s] aufgegriffen, obwohl dies vielversprechend wäre, um aktuelle Debatten um *life-work-balance, quit-quitting, long-live-learning* anstatt *long-live-working* und damit aktuelle Debatten rund um Entscheidungen des Lebens im Verhältnis zu Familie/Arbeit/Freizeit usw. erfassen zu können. Montanari und Schlinzig (2019) machen die Vielseitigkeit des Verhältnisses von Familie und Raum deutlich und verweisen auf bereits erfolgte Studien, die jedoch im Rahmen der Sozial-, Kultur-, Humangeographie unternommen werden: Qualitäten des städtischen und/oder ländlichen Familienlebens (Valentine 1997), *familiäre* Räume wie Zoos/Freizeitparks, Parks, Haus, (Nicht-)Trennung von Arbeit und Familie im Zuge von *home office* (Hallman 2010), Praktiken der Mikro-Territorialisierung (Andrey und Johnson 2010), Kinderbetreuung und Altenpflege (Crooks und Williams 2010), institutionelle Kontexte (Gallagher 2017), Familien und Identitätsbildung (Gibas, 2019) sowie potenziell problematische/gefährliche Orte wie z.B. Frauenhäuser (Smith, 2017).

Familienlebenszyklus und Lebenslauf sind Konzepte, die die Wandlungen einer Familie respektive einer Person über eine Lebenszeit hinweg erfassen sollen. Im Zuge der gravierenden sozialen Umwälzungen seit spätestens der 1960er-Jahren wurde das Konzept Zyklus des Familienlebens kritisiert, da es eine bestimmte Art von Familie normalisiert und naturalisiert; Abweichungen davon erschien als Anomalien oder Dysfunktion. Auch überbetont das Konzept bestimmte altersbezogene Phasen und vernachlässigt die Verflechtung sozialer Prozesse innerhalb und außerhalb der Familie. Darüber hinaus beinhaltet das Konzept die Vorstellung bestimmt Habita über Generationen hinweg weitergeben (Cheal 1991, Morgan 1985, 1996, Elder et al. 2003, Gubrium and Holstein 2000). Ein erster konstruktivistischer Zugang erfolgt durch Sarah Matthews' Studie *The Social World of Old Women* (1979), in der sie zeigt, dass die Bedeutungen des Alterns und des Altseins subjektiv wahrgenommen und konstruiert werden, auch wenn sie normalerweise als objektive Tatsachen des Lebens behandelt werden.



Eine feministisch informierte DBB könnte den Blick auf die „invisible work of everyday intimate relations“ (Tarrant and Hall, 2019:4) und die sozialräumlichen Relationen von Familien richten.



Eine feministisch orientierte family geography stellt Fragen danach, was als Familie und wer als Familienmitglied betrachtet wird, was es bedeutet in und mit Familien zu leben? und wie den diversen Familienmustern theoretisch und analytisch begegnet werden kann, um die räumlichen und zeitlichen Dimensionen von Familie zu erfassen (Halatcheva-Trapp et al. 2020).

Fertilität / Fruchtbarkeit

DBB[s] beschreiben Bevölkerung entlang von drei Variablen: Fruchtbarkeitsrate, Sterberate und Wanderungsrate. In allen drei Variablen nimmt der Geschlechterdualismus eine Rolle ein, vor allem aber im Hinblick auf die Fruchtbarkeitsrate rücken Frauen – konkret Frauen im „gebärfähigen Alter“ – in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses. Im Folgenden die Definition für Fertilität aus dem Lexikon für Geographie, die deutlich macht, warum Daten zur Fertilität erhoben werden: Sie dienen dazu, vermeintlich natürliche Bevölkerungsentwicklungen von devianten unterscheiden zu können, um entsprechende Handlungsempfehlungen für Gegenmaßnahmen entwickeln zu können. Auf der Basis statistischer Berechnungen erscheint die Feststellung einer natürlichen und nicht natürlichen Bevölkerungsentwicklung plausibel; sie ist jedoch überaus normativ und die Bezugsgrößen kritisierbar (siehe Bevölkerungsentwicklung).

Fruchtbarkeit, *Fertilität*, ergibt sich aus der Zahl der Geburten je Frau in einer Bevölkerung. Sie ist das Ergebnis individueller Entscheidungen darüber, ob und wie viele Kinder eine Frau zur Welt bringt. Biologische Faktoren beeinflussen die Fertilität z.B. die Fähigkeit Nachkommen hervorzubringen oder die neunmonatige Dauer der Schwangerschaft. Geringer als die biologisch maximale Zahl von etwa 15 Geburten einer Frau, ist die natürliche Fertilität, die sich ohne bewusst betriebene Geburtenkontrolle einstellt und von sozialen und ökonomischen Bedingungen z.B. Heiratsverhalten oder Bildungsstand abhängt.

Diese Sicht auf Frauen, ihre Körper und ihr Potenzial Kinder zu gebären ist aus feministischer Sicht nicht nur komplexreduziert, sondern sexistisch. Eines der grundlegenden Forderungen von Feminist*innen ist das Recht zur Selbstbestimmung. Dies betraf in der Zweiten Frauenbewegung ab den 1960er-Jahren das Recht als Individuum unabhängig von anderen Personen über das eigene Leben, Wohnen, Arbeiten entscheiden zu können. Hintergrund dieser Forderung waren eine Vielzahl von diskriminierenden Gesetzen, die beispielsweise die Berufstätigkeit einer Frau nur durch Zustimmung des Ehemannes ermöglichten. Eine weitere Forderung zielt auf die Selbstbestimmung über den eigenen Körper; ganz konkret beispielsweise die Selbstbestimmung zum Schwangerschaftsabbruch im Fall einer ungewollten oder das Leben der Frau gefährdenden Schwangerschaft. Diese feministischen Forderungen nach Selbstbestimmung erfuhren umfassende Erweiterungen – vor allem Schwarze Frauen (z.B. Sister Song) machen bezugnehmend auf Intersektionalität auf weitere diskriminierende Problemlagen rund um Reproduktion aufmerksam und fordern Reproduktive Gerechtigkeit. Mit diesem Konzept fordern Feminist*innen **erstens** einen weltweiten Zugang zu sicheren und bezahlbaren Verhütungsmitteln, um reproduktive Selbstbestimmung zu gewährleisten. Sie äußert in diesem Kontext **zweitens** eine Kritik an national-organisierten Bevölkerungspolitiken, die Reproduktion im globalen Norden Globalen Süden reduzieren sollen. **Drittens** ist reproduktive Gerechtigkeit gewährleistet, wenn alle Frauen auf der Welt unter sicheren medizinischen Schwangerschaftsabbruch freiwillig durchführen können. Mit reproduktiver **viertens** die Abschaffung struktureller Konstellationen einher, die Geburt und Gebär-en unter den Bedingungen von Gewalt, Diskriminierung und Stress hervorrufen. **Fünftens** werden alternative Reproduktionsverfahren – ob technischer (z.B. In-vitro-Fertilisation) oder nicht technischer Art (z.B. Leihmutterschaft) – beleuchtet, die sowohl ermöglichte Handlungsspielräume für einige Frauen, jedoch auch unsichere Lebenskontakte für andere Frauen hervorrufen. Dies steht **sechstens** mit Debatten um legitime und nicht legitime Elternschaft (z.B. Alleinstehende, Queers) im Zusammenhang. Reproduktive Gerechtigkeit ist somit ein Prinzip gegen den Zugriff auf Frauen und ihre Körper durch Individuen (z.B. Ehemänner), Institutionen (z.B. Kirche), Staat oder Organisationen (z.B. Weltgesundheitsorganisation).



staatlich
fördern und im
dann
Bedingungen einen
Gerechtigkeit geht

Gebär-en unter den Bedingungen von Gewalt, Diskriminierung und Stress hervorrufen. **Fünftens** werden alternative Reproduktionsverfahren – ob technischer (z.B. In-vitro-Fertilisation) oder nicht technischer Art (z.B. Leihmutterschaft) – beleuchtet, die sowohl ermöglichte Handlungsspielräume für einige Frauen, jedoch auch unsichere Lebenskontakte für andere Frauen hervorrufen. Dies steht **sechstens** mit Debatten um legitime und nicht legitime Elternschaft (z.B. Alleinstehende, Queers) im Zusammenhang. Reproduktive Gerechtigkeit ist somit ein Prinzip gegen den Zugriff auf Frauen und ihre Körper durch Individuen (z.B. Ehemänner), Institutionen (z.B. Kirche), Staat oder Organisationen (z.B. Weltgesundheitsorganisation).

tion auf weitere diskriminierende Problemlagen rund um Reproduktion aufmerksam und fordern Reproduktive Gerechtigkeit. Mit diesem Konzept fordern Feminist*innen **erstens** einen weltweiten Zugang zu sicheren und bezahlbaren Verhütungsmitteln, um reproduktive Selbstbestimmung zu gewährleisten. Sie äußert in diesem Kontext **zweitens** eine Kritik an national-organisierten Bevölkerungspolitiken, die Reproduktion im globalen Norden Globalen Süden reduzieren sollen. **Drittens** ist reproduktive Gerechtigkeit gewährleistet, wenn alle Frauen auf der Welt unter sicheren medizinischen Schwangerschaftsabbruch freiwillig durchführen können. Mit reproduktiver **viertens** die Abschaffung struktureller Konstellationen einher, die Geburt und Gebär-en unter den Bedingungen von Gewalt, Diskriminierung und Stress hervorrufen. **Fünftens** werden alternative Reproduktionsverfahren – ob technischer (z.B. In-vitro-Fertilisation) oder nicht technischer Art (z.B. Leihmutterschaft) – beleuchtet, die sowohl ermöglichte Handlungsspielräume für einige Frauen, jedoch auch unsichere Lebenskontakte für andere Frauen hervorrufen. Dies steht **sechstens** mit Debatten um legitime und nicht legitime Elternschaft (z.B. Alleinstehende, Queers) im Zusammenhang. Reproduktive Gerechtigkeit ist somit ein Prinzip gegen den Zugriff auf Frauen und ihre Körper durch Individuen (z.B. Ehemänner), Institutionen (z.B. Kirche), Staat oder Organisationen (z.B. Weltgesundheitsorganisation).

Das Heft Nr. 96 von Carolin Schurr und Susanne Hübl widmet sich dem umfangreichen Thema der reproduktiven Gerechtigkeit.

It is important to fight for (1) the right to have a child; (2) the right not to have a child; and (3) the right to parent the children we have (Ross 2013).



Kategorie

Aristoteles gilt als Begründer der Kategorienlehre, da er auf der Basis von Merkmalen zehn Kategorien definierte, um Aussagen über ein reales Ding machen zu können: Substanz, Quantität, Qualität, Relation, Wo, Wann, Lage, Haben, Tun, Leiden. Hierin zeigt sich zum einen, dass Aussagen über etwas nie unmittelbar erfolgen können, sondern immer mittelbar – also über etwas anderes – getroffen werden müssen. Zum zweiten zeigt sich in der Kategorienlehre ein vielseitiger Zugang zu einem *Ding*. Und obwohl diese Perspektive in 2400 Jahren viele Erweiterungen und Änderungen erfuhr, wenden DBBs den Begriff *Kategorie* komplexreduziert an. Priorisiert werden drei Merkmalsbeschreibungen, die vorwiegend auf die Feststellung von Substanz und Quantität abzielen: Geschlecht, Alter, *race*.

Spätestens seit den 1970er-Jahren erfolgt eine Dekonstruktion der vermeintlich objektiven Merkmalsbeschreibungen durch die Feministischen Theorien. Sie lehnen die Vorstellung ab, eine Person könnte mit all ihren diversen Eigenschaften einer Kategorie zugeordnet werden und entlarven damit die Praxis der Kategorisierung als soziale Konstruktion. Denn die Zuordnung einer Person zu einer (oder auch mehreren) Kategorien basiert auf gesellschaftlichen Bedürfnissen wie bspw. Sicherung von Alters- und Sozialleistungen. In diesem Sinne spiegeln Kategorien nicht die Welt, sondern das Bedeutungssystem von Gesellschaft wider. Kategorien machen also keine Aussagen über ein reales Ding und ermöglichen damit auch nicht Verständnis über das Ding; sie machen Aussagen über die (wissenschaftlichen, politischen sozialen, wirtschaftlichen) Interessen und daraus folgenden Praktiken der Priorisierung bestimmter Merkmale unter den potenziell möglichen. Eine kritische Reflexion bietet damit Zugang zum Selbstverständlichen gesellschaftlicher Referenz- und Bedeutungssysteme.

Im Kontext der ersten und zweiten Frauenbewegung war die Verwendung der homogenen Kategorie *Frau* ebenso notwendig wie die Verwendung der homogenen Kategorie *schwarz* im Rahmen der Bürgerrechtsbewegungen ab den 1960er-Jahren; die Kategorien dienten als politisch schlagkräftige Ausgangspunkte, um Gleichberechtigung entweder gleichheits- oder differenzfeministisch einzufordern. Auch in der BDD konnte mittels eindeutiger Kategorien Frauen, Schwarze, Ausländer usw. deren Exklusion aus vielen gesellschaftlichen Bereichen deutlich gemacht und wissenschaftlich analysiert werden. Die kritische Auseinandersetzung mit Kategorien wird auf Judith Butlers *Gender Trouble* (1990) zurückgeführt. Sie kritisiert den Geschlechterdualismus und entwirft das Konzept intelligibler Geschlechtsidentitäten, die in bestimmtem Sinne Beziehungen der Kohärenz und Kontinuität zwischen dem anatomischen Geschlecht (*sex*), der Geschlechtsidentität (*gender*), der sexuellen Praxis und dem Begehen stifteten und aufrechterhalten.



Was als relevante Wirklichkeit betrachtet wird, ist die Folge der eingenommenen theoretischen Perspektive, die zudem die Begriffe, Kategorien, Modelle – also das gesamte Wahrnehmungs raster – mitliefert. Letztendlich strahlt die ›beobachtete‹ Wirklichkeit wiederum auf die Theorie zurück und bestätigt das Wahrnehmungs raster (vgl. Knorr-Cetina 1984).

Feministisch informierten DBB[s] bieten sich durch Reflexion von Kategorien neue Forschungsfragen. Das Kategorien soziale Konstruktionen sind, bedeutet nicht, dass diese nicht gesellschaftsrelevant sind; denn die Kategorie strahlt nicht allein auf das wissenschaftliche Wahrnehmungs raster, sondern auch auf die Individuen selbst zurück. Alltäglich sind Frauen trotz all ihrer Diversität stärker Diskriminierungen ausgesetzt als Männer. Schwarze Frauen sind trotz all ihrer Diversität stärker Diskriminierungen ausgesetzt als weiße Frauen. Syrische Frauen sind trotz all ihrer Diversität ... ; nicht, weil eine Person Schwarz, weiß, Frau, Syrerin... ist, sondern weil sie als diese gelesen und entsprechenden Kategorien zugeordnet wird. Dies ist auch der Grund warum Joan Wallach Scott die Verwendung von Gender als Analysekategorie vorschlägt:

Too often, "gender" connotes a programmatic or methodological approach in which the meanings of "men" and "women" are taken as fixed; the point is to describe differing roles, not to interrogate them. I think gender continues to be useful only if it goes beyond that approach, if it is taken as an invitation to think critically about how the meanings of sexed bodies are produced in relation to one another, how these meanings are deployed and changed. The focus ought to be not on the roles assigned to women and men, but on the construction of sexual difference itself (Scott 2010, 13).

Wallach Scott, Joan (2010): Gender: Still a useful category of analysis? In: Diogenes 57, 1, 7-14.

Migration / Im/Mobility

DBB[s] messen und beschreiben – neben Fertilität und Mortalität – Migration als dauerhafte Verlagerung des Lebensmittelpunktes in Bezug auf eine räumliche Einheit wie beispielsweise Stadt und Land, innerhalb eines Staatengebietes (Binnenmigration) oder über Staatengrenzen hinweg (transnationale/internationale Migration). Zudem unterscheiden Forschende zwischen Gründen der Migration (Altersmigration, Bildungsmigration, Heiratsmigration, erzwungene Migration usw.).

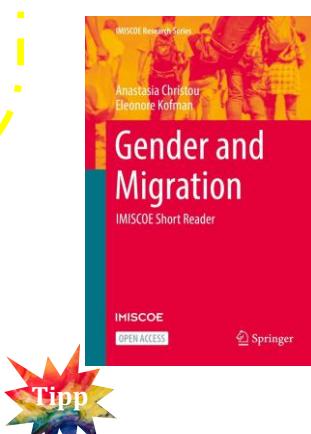
Spätestens seit den 1990er-Jahren wird mit der zunehmenden Globalisierung und damit einhergehender globaler Arbeitsmärkte deutlich, dass Migration als dauerhafte Verlagerung des Lebensmittelpunktes viele Lebensrealitäten von Migrant*innen nicht widerspiegeln. Mit dem Konzept des Transnationalismus zeigen Forschende komplexe Netzwerke und Relationen von Migrant*innen und deren *Herkunfts-* und *Zielländern* auf. Transnationale Aktivitäten finden auf politischer, ökonomischer und soziokultureller Ebene statt (z.B. Besuche von Familie und Freunden, Mitgliedschaft in Organisationen im Auswanderungsland). Aus diesem Grund wird von einigen Forschenden gegenwärtig der Begriff der Mobilität gegenüber dem der Migration priorisiert. Mobilität ist in der Menschheitsgeschichte eine normale, das heißt immer stattfindende Praxis; dennoch entstehen gegenwärtig auch Studien, die sich mit Immobilität und somit mit der Frage auseinandersetzen: Welche Strukturen, Motive, Bedingungen usw. dazu führen, dass Menschen nicht mobil sind, sondern verweilen (Gruber 2021).

Spätestens ab den 1970er-Jahren stellen Migrations-/Mobilitätsforschende eine Feminisierung der globalen Migration fest; jedoch muss in Frage gestellt werden, ob Frauen ab den 1970er-Jahren vermehrt an Mobilitätsprozessen teilnehmen oder ob der wissenschaftliche Blick mobile Frauen erst ab den 1970er-Jahren als Migrant*innen erkennt. In Deutschland weisen ausländische Frauen beispielsweise bereits in den 1970er-Jahren eine höhere Erwerbsbeteiligung auf, als deutsche Staatsbürger*innen (1972: 70% zu 47%). Diese Frauen fanden jedoch weder in der Öffentlichkeit noch in der Wissenschaft Beachtung. Die sich in den 1970er-Jahren entwickelnden Feminist Migration Studies (Kofman & England 1997, Lawson 1998) fragen danach ...

... how the boundaries of the nation are developed in conjunction with particular social hierarchies. As Yeoh and Huang (1999) demonstrate in their research on migrant domestic workers in Singapore, the boundaries of the nation are produced in part through the privileging of particular identities and the marginalization of others. Their work shows that the nation is founded on conceptions of citizenship that exclude specific women, specifically in this case international women migrants who work as domestic servants. They reveal both the ways in which women's migration across national borders is tied to the construction of social boundaries between groups and the ways in which this particular view of the nation contributes to the exploitation of migrant women who have crossed national borders to work as domestics in Singapore. It underscores the politically produced and exclusionary operation of national boundaries, as these play out in migration research and in the lives of migrants (see also Radcliffe, 1990; Huang and Yeoh, 1996). In addition, recent research has examined the gender politics of the state and the boundaries defining states' jurisdiction in relation to migrants (Fincher, 1997; Desbiens, 2004; Fan, 2004; Mountz, 2004; Walton-Roberts, 2004) (Silver 2005:139).

Feminist Im/Mobility Studies (Silvey 2004, Conlon 2011, Rubin & Parker 2021) erweitern diese Perspektive.

The 'new mobilities paradigm' signals a shift beyond simply understanding mobility as the movement of individuals or groups among fixed points in Cartesian space, to an approach that adopts a relational view of mobility. According to this view, while place still matters, people, ideas and objects in motion across space and time have become characteristic features of global society and therefore require scholarly attention in their own right. Stated more succinctly, mobility and motility – that is to say, potential mobility – are taken as discrete and relational units of analysis (Conlon 2011:354).



Helma Lutz and Anna Amelina

Gender in Migration Studies:
From Feminist Legacies to Intersectional,
Post- and Decolonial Prospects



Abstract

The figure of the female migrant has been a major focus of feminist thought in the German-speaking migration studies since the early 1980s. The article provides some reflections on the past to show how a number of milestones in feminist thought have influenced migration studies. It then continues with reflections on the present stance that analyses the dominant (re)production of (post-)migration realities as a gendered, ethnicized/racialized and class-related project(s). Finally, the article concludes with a discussion of the prospects of gender-sensitive migration research in relation to postcolonial, decolonial and queer approaches to migrant othering.

Scale (Maßstabsebene)

Der Begriff *Maßstab* ist zunächst einmal bekannt aus der Kartographie, wo er das Verhältnis einer Länge auf der Karte (Kartenstrecke) zu ihrer Entsprechung in der Natur (Naturstrecke) bezeichnet; in diesem Sinne dient ein Maßstab der Verkleinerung von Naturstrecken mit dem Ziel ihrer Abbildung auf einer zweidimensionalen Karte oder auf dem dreidimensionalen Globus. Maßstabsebenen sind wiederum räumliche Bezugsgrößen, um je nach Forschungsfrage analytisch fokussiert einen Teil der Erdoberfläche untersuchen zu können. In der Geographie wird zwischen lokal, regional, national oder global unterschieden; hingegen keine dieser Maßstabsebenen einer absoluten Flächengröße entspricht. Um sprachlich konkretere Aussagen zu treffen, schlägt Werner Bätzing die Unterscheidung in Mikro-, Meso- und Makroebene vor, aber auch hier gibt es keine Flächenangaben (Gebhardt et al. 2007).

Feministisch informierten DBB[s] bietet sich durch eine Erweiterung der räumlichen Bezugseinheiten um sozialräumliche Aspekte ein vielseitiger Zugang zu den sozialräumlichen Phänomenen Kontexten, Bedürfnissen, Erfahrungen, Diskriminierungen usw. derzählbaren Einheit von Bevölkerung. Einwohner*innen würden nicht mehr nur alszählbare Person nach Geschlecht, Herkunft und Alter betrachtet, sondern als in vielseitige Praktiken und Kontexte eingebundene Akteure.

Sozialgeograph*innen fordern, dass die sozial-, kultur-, stadt- und auch wirtschaftsgeographische Forschung die alltäglichen Lebenswirklichkeiten stärker beachtet; diese werden erstens ungenügend durch das etablierte Maßstabskonzept repräsentiert, denn Handlungen von Menschen vor allem aber deren Konsequenzen erfolgen nicht innerhalb abgrenzbarer Raumeinheiten, sondern *durchziehen* je nach Kontext einige oder alle Ebenen. Zweitens weisen Feministische Geograph*innen wie zum Beispiel Gill Valentine darauf hin, dass die etablierten Maßstabsebene nicht ausreichen, um sub-

jektive Erfahrungen, Lebenskontexte, Diskriminierungen usw. hinreichend zu analysieren. Dies machte einen Perspektivwechsel im Hinblick auf Maßstab und Maßstabsebenen notwendig, der nicht natur- oder verwaltungsräumliche, sondern sozialräumliche Bezüge ermöglicht. In diesem Sinne finden sich bei Valentine (2001) die Maßstabsebenen Körper, Zuhause, Gemeinschaft, Institutionen, Straße, Stadt, ländliche Regionen und Nation. Als Abgrenzung zum traditionellen Verständnis von Maßstab nutzen Feministische Geograph*innen den englischen Begriff *scale* auch im deutschsprachigen Kontext.



Sorgen



Die Beschreibung von Bevölkerung durch Zählen von Geburten- und Sterbezahlen führt bei DBB[s] dazu, die Bevölkerung der westlichen Nationen als „überaltert“ und aufgrund des Anstiegs der Lebenserwartung als „betagt“ zu interpretieren. Die Praxis des Sorgens ist für DBB[s] somit eine Konsequenz überalterter und betagter Gesellschaften, deren Mitglieder sich zudem wegen individualisierter und pluralisierter Lebensentwürfe nicht selbst um pflegebedürftige Familienmitglieder kümmern wollen oder können. Im Sinne der Daseinsgrundfunktionen muss für diese Situation eine Lösung gefunden werden. Aus Perspektive feministischer Geographinnen, deren Auseinandersetzung mit Care zu Beginn der 2000er-Jahre beginnt (Conradson 2003, McDowell 2004, Raghuram 2009, Milligan and Wiles 2010) zeigen sich in dieser Sichtweise eine Reihe von Reduktionen, denn die Praxis des Sorgens umfasst mehr Themen als das Vorhandensein pflegebedürftiger Menschen und das Nichtvorhandensein pflegender Menschen. Dies führt dazu, dass Care Geography eine Critical Geography ist, die die Machtverhältnisse des Sorgens auf allen Maßstabsebenen beleuchtet.

feministischer Geographinnen, deren Auseinandersetzung mit Care zu Beginn der 2000er-Jahre beginnt (Conradson 2003, McDowell 2004, Raghuram 2009, Milligan and Wiles 2010) zeigen sich in dieser Sichtweise eine Reihe von Reduktionen, denn die Praxis des Sorgens umfasst mehr Themen als das Vorhandensein pflegebedürftiger Menschen und das Nichtvorhandensein pflegender Menschen. Dies führt dazu, dass Care Geography eine Critical Geography ist, die die Machtverhältnisse des Sorgens auf allen Maßstabs-ebenen beleuchtet.

Daseinsgrundfunktionen

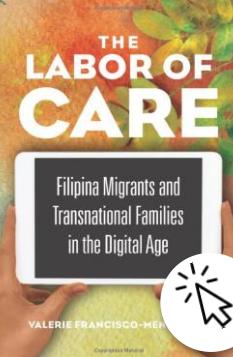
Die Charta von Athen (1933) ist die Konsequenz der funktionalen Phase der Stadtforschung zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Bereits dort werden Wohnen, Arbeiten, Erholen und Verkehr als Leitbilder der Stadtentwicklung in westlichen Industriekulturen benannt. In der Geographie geht die funktionale Differenzierung auf Hans Bobek zurück und in der Nachkriegszeit ist es vor allem die Münchner Schule der Sozialgeographie, die in den sieben Daseinsgrundfunktionen (Wohnen, Arbeiten, Sich-Versorgen, Sich-Bilden, Sich-Erholen, Verkehrsteilnahme und In Gemeinschaft leben) ein normatives Orientierungsraster zur Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse für raumplanerische Bemühungen sieht. Bis heute wird dieses Leitbild in der Architektur und Stadtplanung, aber vor allen in sozialstaatlichen Debatten um Daseinsvorsorge sichtbar.

1) **Wer sorgt sich?** Die Praxis des Sorgens ist vor allem eine Praxis des weiblichen Sorgens. Das hat Konsequenzen auf die Positionierung von Frauen im Arbeitsmarkt, deren Karrierechancen sowie deren berufliche (wie auch persönliche) Entwicklung. Immer wenn der Staat nicht ausreichend für Pflege sorgt, wird diese Aufgabe auf Familien – meistens auf die weiblichen Familienmitglieder – verschoben. Wohlhabende Frauen und Familien können sich durch den Einkauf von Pflege von dieser Last befreien, indem sie regionale und nationale Wohlstandsdisparitäten nutzen und die Last auf andere Frauen verschieben. Hier werden Diskrepanzen emanzipatorischen Handelns sichtbar, wenn die armen Frauen der Welt die Pflegelast der reichen Frauen übernehmen (Ehrenreich & Hochschild 2003) und dadurch in prekären und zum Teil unsicheren Arbeitsräumen wie dem Zuhause unsichtbar werden.

2) **Was sind die Bedingungen des Sorgens?** Die damit in Gang gesetzte Care-Migration ist die sichtbare Manifestation des neoliberalen Verhältnisses von Staat-Arbeitsmarkt-Familienhaushalt, in dem Sorgen ein Handelsprodukt ist und dabei die Sorgenden als Mensch, Mutter, Tochter usw. im Speziellen ebenso aus dem Blick geraten (Cox 2006) wie die Erkenntnis, dass die geschlechtsspezifischen Machtbeziehungen der Fürsorge immer auch von rassifizierten und klassenbedingten globalen Ungleichheiten geprägt sind (Raghuram 2016, Faria et al. 2021). Spätestens seit den coronabedingten Maßnahmen ist das Wissen um den Pflegenotstand ebenso bekannt wie die damit einhergehenden Arbeitsbedingungen – nicht nur in Spitäler, sondern auch in Kindertagesstätten, Schulen, Jugendzentren und Sozialeinrichtungen. Die Bemühungen beispielsweise der Bundesregierung nach ausländischen Arbeitskräften, um diese Lücke der Sorgenden zu schließen, reproduziert den geschlechtsspezifischen, rassifizierten, neoliberalen Fürsorgemarkt, anstatt diesen mit gerechten Bedingungen auszustatten, um alle Beteiligten sorgend zu schützen.

3) **Wer wird versorgt?** Aus einer feministischen Perspektive bezieht sich Sorgen nicht allein auf ältere Menschen, sondern beispielsweise auch die Kinderbetreuung. Dabei rücken Fragen des Verhältnisses von bezahlter und unbezahlter Care-Arbeit ebenso in den Vordergrund wie die Diskrepanzen zwischen öffentlicher und privater, formeller und informeller sowie regulierter und nicht regulierter Care-Arbeit. Darüber hinaus rücken Fragen der Selbstsorge in den Mittelpunkt, die bisher vor allem Debatten rund um *Life-Work-Balance*, *Quiet Quitting* und Gesundheitsvorsorge betreffen.

All dies erneuert den Aufruf von Doreen Massey (2004) nach einer Geographie der Verantwortung und nach alternativen Entwürfen des Sorgens, denn wie Fraser bereits 1994 darauf hinwies, kann jede Arbeit als Sorge und alle Arbeitenden als „universal caregivers“ verstanden werden. Auch Karin Schwiter und Jennifer Steiner (2020) fordern einen Perspektivwechsel vom Sorgen als eine (kurze) Lebensphase einiger, hin zu einem Verständnis des Sorgens als selbstverständlichen Teil menschlichen Daseins. Sorgen ist dann eine Gemeinschaftsaufgabe aller Mitglieder einer Gesellschaft und kann nicht durch die Verschiebung auf Einzelne gewährleistet werden.



Sterblichkeit (Mortalität)

Sterblichkeit ist neben Fertilität und Mobilität das dritte Element zur Vermessung und Beschreibung bevölkerungsbezogener Veränderungsprozesse. Zunächst einmal ist die Sterblichkeit bei Geburt und die Sterblichkeit im Alter (Lebenserwartung) Indikatoren für den Gesundheitszustand einer Bevölkerung (Johnson et al. 2020). Im Durchschnitt werden Frauen in der Europäischen Union 84 Jahre alt, hingegen Männer 78,5 Jahre alt werden. Diese Zahl variiert jedoch erheblich zwischen den einzelnen europäischen Nationalstaaten (Franklin et al. 2021; OECD/Europäische Union, 2020), was Rückschlüsse auf die jeweils spezifische nationalstaatliche Gesundheitsfürsorge und die sozioökonomischen Rahmenbedingungen, unter denen gelebt und gestorben wird, zulässt.

Seit den 1980er-Jahren wächst die Erkenntnis, dass Sterblichkeit geschlechtsspezifisch und milieuspezifisch ist. Seit den 2000er-Jahren wächst im Zuge der Antirassismusbewegung und wissenschaftlicher Auseinandersetzungen vor allem aus US-amerikanischen Kontexten auch die Erkenntnis, dass Sterblichkeit rassifiziert ist.

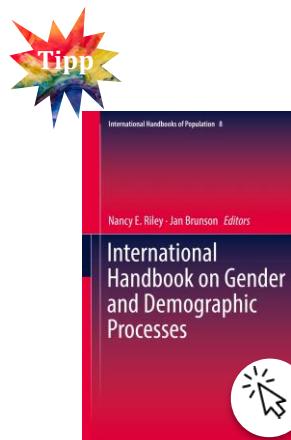
Geschlecht: Die zunächst einmal für Frauen positive geschlechtsspezifische Diskrepanz bei der Lebenserwartung zwischen Männern und Frauen wird auf Risikoverhalten, Rauchen und übermäßiger Alkoholkonsum von Männern, auf die gesellschaftlichen Rollen von Frauen und Männern zurückgeführt. Männer sterben eher an Ursachen, die mit riskantem Gesundheitsverhalten zusammenhängen, als Frauen. Weiterhin ist die Sterblichkeit aufgrund externer Ursachen wie Unfälle, Selbstmorde, Verletzungen, Tötungsdelikte und andere gewaltsame Todesfälle bei Männern (10 %) höher als bei Frauen (5 %) (WHO 2016).

Bildung: Bildung ist eine der am besten dokumentierten sozialen Determinanten der Lebenserwartung. Auch hier sind Männer besonders betroffen. Die OECD stellte fest, dass der durchschnittliche Unterschied in der Lebenserwartung 30-jähriger Männer zwischen denjenigen ohne Sekundarstufe II und denjenigen mit Hochschulbildung 7 Jahre beträgt. In Ungarn, Polen und der Slowakei sind die Auswirkungen der Bildung mit einem Unterschied von 10 Jahren besonders ausgeprägt (OECD/Europäische Union, 2020). Ebenso zeigen Studien, dass Frauen mit tertiärem Bildungsabschluss länger leben als Frauen mit niedrigeren Qualifikationen (WHO 2016).

Race: Der "Weißheitsgrad" einer US-amerikanischen Stadt oder eines Staates wirkt sich auf die durchschnittliche Lebenserwartung positiv aus. Schwarze haben ein deutlich höheres Risiko zu erkranken, unzureichend medizinisch versorgt zu werden und von Tötungsdelikten betroffen zu sein (Formanack 2023).

Diese in der Box vorgenommene Einzelbetrachtung von Geschlecht, Herkunft und *Race* sind bereits erkenntnisreich. Ein realistisches Bild ergibt sich jedoch durch erst durch eine **intersektionale Perspektive**. So haben beispielsweise Roma-Frauen eine kürzere Lebenserwartung als Frauen in der Gesamtbevölkerung jedes europäischen Landes (EPHA 2018). Frauen sterben aufgrund der Marginalisierung von Risiko für Frauen durch Mediziner*innen wesentlich häufiger beispielsweise an Herz-Kreislauferkrankungen (Gao 2019). Schwarze Frauen mit einem niedrigen sozialen Status haben einen geringeren Zugang zu einer ausreichenden Gesundheitsversorgung als weiße Frauen und erfahren beispielsweise während des Gebärens viel häufiger Diskriminierungen (Chinn 2021, vgl. Journal of Racial and Ethnic Health Disparities), so dass auch die Kindersterblichkeit Schwarzer Babies höher ist, als die von weißen Babies (Sing & Yu 2019). Auch sind weibliche Föten in einzelnen Regionen Ost- und Südostasiens wesentlich häufiger von Abtreibung betroffen als männliche Föten (Rodriguez 2023, Patel 2007). Nicht zuletzt sind Frauen unabhängig der Rassifizierung häufiger von ehelicher und außerehelicher Gewalt betroffen und sind in Ländern des Globalen Südens häufiger Opfer von Naturkatastrophen (Juran & Trivedi 2015).

Specifically, the experiences of persons occupying the marginalized spaces of gender and race, such as Black women, "cannot be captured wholly by looking at race or gender dimensions separately" (Crenshaw, 1991, p. 1224). Intersectionality developed out of Black feminist thought and standpoint theory, as a means of explicating the particular gendered and racialized violence Black women experience in the United States (Collins, 1986; Crenshaw, 1991). This framework is also connected to reproductive justice (Ross & Solinger, 2017; Sister Song, 2016), which pushes beyond a mainstream reproductive rights framework to advocate for the human right to bodily autonomy, to have or not have children, and to parent children in safe communities. Intersectionality and reproductive justice provide a lens for understanding the simultaneous structuring of race and gender in the production and maintenance of health (Schulz & Mullings, 2006; Warner & Brown, 2011). Using an intersectional theoretical approach grounded in a structural inequality analysis (Thornton Dill & Zambrana, 2009), health disparities can be explained by the strong impact of differential treatment based on one's gender and race on access to resources which promote health and reduce exposure to risks that undermine health (Patterson et al. 2022:1263).



Referenzen

- Barcus, H. R. & Halfacree, K. (2018): An introduction to population geographies: lives across space. London, New York: Routledge.
- Bähr, J. (1992): Bevölkerungsgeographie. Stuttgart: UTB.
- Bhatia, R., Sasser, J. S., Ojeda, D., Hendrixson, A., Nadimpally, S. & Foley, E. E. (2019): A feminist exploration of 'populationism': engaging contemporary forms of population control. In: *Gender, Place & Culture* 44, 1-18, <https://doi.org/10.1080/0966369X.2018.1553859>.
- Butler, J. (1990): Gender trouble: feminism and the subversion of identity. New York: Routledge.
- Chinn, J. J., Martin, I. K. & N. Redmond. (2021): Health equity among black women in the United States. In: *Journal of Women's Health* 30, 2, 212-219, <http://doi.org/10.1089/jwh.2020.8868>.
- Conlon, D. (2011): Waiting: feminist perspectives on the spacings/timings of migrant (im)mobility. In: *Gender, Place & Culture* 18,3, 353-360, <https://doi.org/10.1080/0966369X.2011.566320>.
- Conradson D. (2003): Geographies of care: spaces, practices, experiences. In: *Social & Cultural Geography* 4, 451-454.
- Cotts Watkins, S. (1993): If all we knew about women was what we read in demography, what would we know? In: *Demography* 30, 4, 551-577.
- Cox, R. (2006) The servant problem: paid domestic work in a global economy (London: I.B. Tauris)
- Desrosières, A. (2000): Die Politik der großen Zahlen. Eine Geschichte der statistischen Denkweise. Heidelberg: Springer.
- Ehrenreich, B. & Hochschild, A. R. (2003) Global woman: nannies, maids, and sex workers in the new economy. New York: Metropolitan Books.
- EPHA, E. P. H. A. (2018): Closing the life expectancy gap of Roma in Europe. Retrieved from <https://epha.org/wp-content/uploads/2019/02/closing-the-life-expectancy-gap-of-roma-in-europe-study.pdf>.
- Formanack, A., Doshi, A., Valdez, R., Williams, I., Moorman, J.R. & Chernyavskiy, P. (2023): Race, class, and place modify mortality rates for the leading causes of death in the United States, 1999–2021. In: *Journal of General Internal Medicine* <https://doi.org/10.1007/s11606-023-08062-1>.
- Franklin, P., Bambra, C., & Albani, V. (2021): Gender equality and health in the EU. Retrieved from <https://op.europa.eu/s/p79A>.
- Fraser, N. (1994). After the family wage: gender equity and the welfare state. In: *Political Theory* 22, 4, 591-618. <https://doi.org/10.1177/0090591794022004003>
- Fraser, N. (2016). Contradictions of capital and care. In: *New Left Review* 100, 99-117.
- Foucault, M. (1987[1976]): Sexualität und Wahrheit. Erster Band: Der Wille zum Wissen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Foucault, M. (1981/1985): Die Maschen der Macht. In: Daniel Defert, Francois Ewald (2005) (Hrsg.): *Analytik der Macht*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gao, Z, Chen, Z., Sun, A. & Deng, X. (2019): Gender differences in cardiovascular disease. In: *Medicine in Novel Technology and Devices* 4, <https://doi.org/10.1016/j.medntd.2019.100025>.
- Gruber, Elisabeth (2021): Staying and immobility: new concepts in population geography? A literature review. In: *Geographica Helvetica* 76, 275-284, <https://doi.org/10.5194/gh-76-275-2021>.
- Halatcheva-Trapp, M., Montanari, G. & Schlinzig, T. (2020): Family and space. Rethinking family theory and empirical approaches. London: Routledge.
- Harding, S. (1986): The science question in feminism. New York: Open University Press.
- Harding, S. (1991): Whose Science? Whose knowledge? New York: Open University Press.
- Hendrixson, A., Ojeda, D., Sasser, J. S., Nadimpally, S., Foley, E. E. & Bhatia, R. (2020): Confronting populationism: Feminist challenges to population control in an era of climate change. In: *Gender, Place & Culture* 27, 3, 307-315.
- Heintz, B. (2007): Zahlen, Wissen, Objektivität: Wissenschaftssoziologische Perspektiven. In: Mennicken, A. & Vollmer, H. (Hrsg.): *Zahlenwerk. Kalkulation, Organisation und Gesellschaft*. Wiesbaden: VS, 65-83.
- Hierofani, P. Y. (2016): Gender, work and migration: Reflections on feminist geography contributions and challenges. Paper presented at "Feminist Economic Geography: What Difference does Difference Make?" Panel, at 4th Global Conference on Economic Geography, Oxford, 19-23 August 2015. In: *Environment and Planning A* 48, 10, 2076-2080
- Hyndman, J. (2004): Mind the gap: bridging feminist and political geography through geopolitics. In: *Political Geography* 23, 3, 307-322.
- Johnson, O., Diggle, P. & Giorgi, E. (2020): Dealing with spatial misalignment to model the relationship between deprivation and life expectancy: a model-based geostatistical approach. In: *International Journal of Health Geographics* 19, 1, 6, <https://doi.org/10.1186/s12942-020-0200-w>.
- Journal of Racial and Ethnic Health Disparities: <https://link.springer.com/journal/40615/volumes-and-issues/10-2>.
- Juran, L. & Trivedi, J. (2015): Women, gender norms, and natural disasters in Bangladesh. In: *Geographical Review* 105, 4, 601-611, <http://www.jstor.org/stable/43916291>.

- Kofman, E. und K. England (1997): Editorial introduction. *Citizenship and international migration: taking account of gender, sexuality, and race*. Environment and Planning A, 29, 2, 191–4.
- Lawson, V. (1998): Hierarchical households and gendered migration: a research agenda. *Progress in Human Geography*, 22, 1, 32–53.
- Malthus, T. R. (1798): *An essay on the principle of population*. London: Penguin Classics.
- Malthus, T. R (1924/25): *Eine Abhandlung über das Bevölkerungsgesetz oder eine Untersuchung seiner Bedeutung für die menschliche Wohlfahrt in Vergangenheit und Zukunft, nebst einer Prüfung unserer Aussichten auf eine künftige Beseitigung oder Linderung der Übel, die es verursacht*. Jena: Fischer.
- Massey, D. (2004) Geographies of responsibility. In: *Geografiska Annaler* 86B, 5–18.
- McDowell L. (2004): Work, welfare, work/life balance and an ethic of care. In: *Progress in Human Geography* 282, 145–164.
- Milligan, C. & Wiles, J. (2010): Landscapes of care. In: *Progress in Human Geography* 34, 736–754.
- Nagel, T. (1992): *Der Blick von nirgendwo*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- OECD/European Union (2018): *Health at a glance: Europe 2018: State of health in the EU cycle*: OECD. Retreived from: https://www.oecd-ilibrary.org/sites/health_glance_eur_2018-en/index.html?itemId=/content/publication/health_glance_eur_2018-en.
- Patel, Tulsi (2007): *Sex-selective abortion in India: gender, society and new reproductive technologies*. New Delhi; London: SAGE.
- Patterson, E. J., Becker, A. & Baluran, D. A. (2022): Gendered racism on the body: An intersectional approach to maternal mortality in the United States. In: *Population Research and Policy Review* 41, 1261–1294, <https://doi.org/10.1007/s11113-021-09691-2>.
- Perler, L., & Schurr, C. (2022) Geographies of assisted reproduction: The spanish egg donation economy as a global/intimate contact zone. In: *Documents d'Anàlisi Geogràfica* 68, 2, 313–33. <https://doi.org/10.5565/rev/dag.725>.
- Porter, T. M. (1995): Trust in numbers: The pursuit of objectivity in science and public life. Princeton: Princeton University Press.
- Presser, H. B. (1997): Demography, feminism, and the science-policy nexus. In: *Population and Development Review* 23, 2, 295–331.
- Raghuram, P., Madge, C. & Nokolo, P. (2009): Rethinking responsibility and care for a postcolonial worls. In: *Geofo- rum* 40, 5–13.
- Raghuram, P. (2016): Locating care ethics beyond the global north. In: ACME: An International Journal for Critical Geographies 15, 3, 511–533
- Riley, N. E. (1999): Challenging demography: contributions from feminist theory. In: *Sociological Forum* 14, 3, 369–397.
- Riley, N. E. & J. McCarthy (2012): Feminist demography. In: ebd. *Demography in the age of the postmodern*, Chapter 6. Cambridge: Cambridge University Press, 99–119.
- Rodriguez, Sarah Mellors (2023): Reproductive realities in modern China: birth control and abortion, 1911–2021. Cambridge: Cambridge University Press.
- Rosenthal, J. (2004): Wahrscheinlichkeiten als Tendenzen. Eine Untersuchung objektiver Wahrscheinlichkeitsbegriffe. Paderborn: Mentis.
- Ross, L. (2013): Understanding reproductive Justice: Transforming the pro-choice movement. In: off our backs 36, 4, 14–19.
- Rubin, M. & A. Parker (2021): Many ways to care: mobility, gender and Gauteng's geography. In: *Gender, Place & Culture*, <https://doi.org/10.1080/0966369X.2022.2133091>.
- Sackmann, R. & W. Bartl (2007): Demographisierung: Bewältigungsformen von Krisen der ‹zweiten Natur› des Menschen? In: Rehberg, K.-S. (Hrsg.): *Die Natur der Gesellschaft. Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 145–170.
- Schultz, S. (2020): Der gefährliche Geist der ‚Bevölkerung‘ in der Klimadebatte. In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 2, 23–36, <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v29i2.03>.
- Schurr, C., Marquardt, N. & Militz, E. (2023). Intimate technologies: towards a feminist perspective on geographies of technoscience. In: *Progress in human geography*, [10.1177/03091325231151673](https://doi.org/10.1177/03091325231151673).
- Schwiter, K. & Steiner, J. (2020): Geographies of care work: The commodification of care, digital care futures and alternative caring visions. In: *Geography Compass* 14, 12, e12546.
- Sharp, J. (2022): Feminist geopolitics and the global-intimacies of pandemic times. In: *Gender, Place & Culture* 10.1080/0966369X.2022.2064834.
- Silvey, R. (2004): Power, difference, and mobility: feminist advances in migration studies. *Progress in Human Geography*, 28, 4, 1–17.
- Silvey, R. (2005): Borders, embodiment, and mobility: feminist migration studies in geography. In: Nelson, Lise & Joni Seager (Hrsg.): *A companion to feminist geography*, Chapter 6. Hoboken: Blackwell Publishing.
- Singh, G. K. & Yu, S. M (2019): Infant mortality in the United States, 1915–2017: Large social inequalities have persisted for over a century. In: *International Journal of*

Maternal and Child Health and AIDS 8, 1, 19-31,
<https://doi.org/10.21106/ijma.271>.

Singer, M. (2008): Feministische Wissenschaftskritik und Epistemologie: Voraussetzungen, Positionen, Perspektiven. In: Becker, R. & Kortendiek, B. (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden: VS, 285–294.

Spivak, G. (1999): A critique of post-colonial reason: toward a history of the vanishing present. Harvard: Harvard University Press.

Tanner, A. (2017): Die Mathematisierung des Lebens: Alfred James Lotka und der energetische Holismus im 20. Jahrhundert. Tübingen: Mohr Siebeck.

Wehrhahn, R. & Sandner Le Gall, V. (2011): Bevölkerungsgeographie. Darmstadt: wbg.

WHO Regional Office for Europe (2016b): Women's health and well-being in Europe: beyond the mortality advantage. Retrieved from: <https://www.euro.who.int/en/publications/abstracts/womens-health-andwell-being-in-europe-beyond-the-mortality-advantage-2016>.

Williams, J. R. (2010): Doing feminist-demography. In: International Journal of Social Research Methodology 13, 3, 197-210.

Wyer, M., Barbercheck, M., Cookmeyer, D., Ozturk, H. & Wayne, M (2014): Women, science, and technology. A reader in feminist science studies. London: Routledge.

Calls for papers

Birgit Glorius (TU Chemnitz, Mathias Siedhoff (TU Dresden) und Jeannine Wintzer (Uni Bern) planen ein Buch zur Kritischen Bevölkerungsgeographie: Informationen folgen in 2024.

Neuerscheinungen & Rezensionen

Special Issue der Geographica Helvetica zum Thema (**Re**)**thinking population geographies**: https://gh.copernicus.org/articles/special_issue1121.html.

Nächste Feministische GeoRundMail: Ausblick und Aufruf

Der Redaktionsschluss für die nächste **Feministische Geo-RundMail Nr. 96 (Carolin Schurr und Susanne Hübl)** ist Januar 2024. Die nächste Ausgabe beschäftigt sich mit dem Schwerpunktthema [**Reproduktive Gerechtigkeit**]. AK-Mitglieder und Geo-Rundmail-Leser_innen sind herzlich eingeladen, Beiträge zum Thema für die nächste Ausgabe des Geo-Rundmails einzureichen. Willkommen sind neben kurzen Aufsätzen auch Rezessionen, Literaturübersichten, Hin-

weise auf Veranstaltungen und Tagungen sowie Informationen zu geplanten, laufenden und abgeschlossenen Forschungsprojekten und anderem mehr. Die Beiträge können sowohl in deutscher als auch englischer Sprache verfasst werden. Eine kurze Ankündigung des geplanten Beitrags kann gerne auch vorab an die Herausgeber[_in/nen] des Themenschwerpunkts gesandt werden: [Carolin Schurr; carolin.schurr@unibe.ch]

Impressum

Die feministische Geo-RundMail erscheint vier Mal im Jahr. Inhaltlich gestaltet wird sie abwechselnd von Geograph_innen mit Interesse an Genderforschung in der Geographie, die (fast alle) an verschiedenen Universitäten des deutschsprachigen Raums arbeiten. Beiträge und Literaturhinweise können an die aktuellen Herausgeber_innen gesandt werden. Deren Kontakt ist dem obenstehenden Ausblick sowie dem jeweils aktuellen Call for Papers für die nächste Ausgabe zu entnehmen.

Aktuelle Nummern, Call for Papers und Archiv sind verfügbar unter: <http://ak-geographie-geschlecht.org/rundmail>

Neu-Anmeldung und Änderung der Mailadresse unter <http://lists.ak-geographie-geschlecht.org/mailman/list-info/rundmail>